

von dem Anspruch der politischen Gestaltung der Gesellschaft kraft der in die Zukunft einer besseren Gesellschaft hinausdeutenden Reformierung der Universität, die sich irgendwann in den 1980er und 1990er Jahren vollzogen hat. Überhaupt scheint die normative Kraft des Fortschrittsgedankens in diesem Zeitraum zu zerbröseln – in der Tat eine beliebte Zeitdiagnose.¹⁷²⁴

Insgesamt ist das politische Potenzial von Studierenden also nicht verschwunden – doch es hat einen substanziellen *Charakterwandel* vollzogen. Spontaner, auch inzivilisierter und gewalttätiger Protest erscheint für ein Szenario wachsender Unzufriedenheiten nicht unwahrscheinlich. Ein Blick auf die Ereignisse des so genannten Arabischen Frühlings oder auch nach Frankreich und Südeuropa zeigt, welche Protestenergien von beruflich desorientierten, hochqualifizierten jungen Menschen ausgehen können.¹⁷²⁵ Nur können derartige Unruhen nicht mehr auf die politische Bündelung durch die Mobilisierungsarbeit studentischer Organisationsstrukturen setzen. Mit anderen Worten: Ein neuer Bildungsstreik scheint auf der Grundlage der referierten empirischen Studien denkbar, eine neue Studentenbewegung nicht.

Hält dieser Befund zum jungakademischen Mentalitätswandel einer näheren qualitativen Untersuchung Stand? Und überhaupt: Was könnten heute politische Energien unter deutschen Studierenden freisetzen? Diese Fragen lassen sich nur beantworten, wenn es gelingt, die grundierenden politisch-sozialen Deutungsmuster der studentischen Sicht auf Gesellschaft, Politik und Demokratie aufzudecken.

II.4 Zwischenbetrachtung und empirischer Ausblick

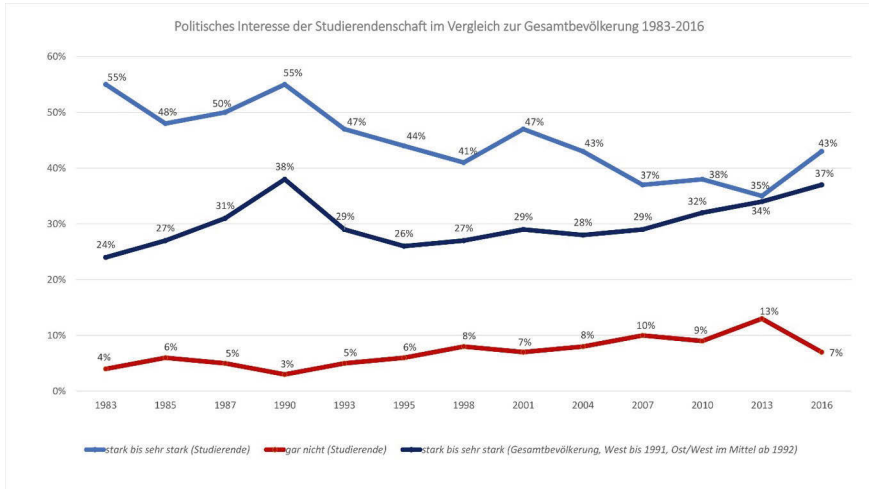
Die nun deutlich gewordene soziohistorische Zerklüftung der Thematik lässt die zu Beginn dieser Studie formulierte Frage nach dem politischen Potenzial von Studierenden geradezu naiv erscheinen. Lassen sich Rückblick und Gegenwartsanalyse überhaupt sinnvoll verbinden? Lässt sich insgesamt überhaupt eine Kernbedeutung von studentischem politischem Potenzial destillieren? Oder hat es sich trotz der während des „Bildungsstreiks“ von 2009/10 zuletzt erwiesenen Möglichkeit studentischen Protests in Deutschland aus wissenschaftlicher Sicht bei dieser Frage stets um eine – hoffnungsvoll schimmernde – Suche nach einem *πρῶτον ψεῦδος* (*proton pseudos*), einem nichtvorhandenen Ding, gehandelt, um eine unzusammenhängende Kette irregulärer Einzelergebnisse? Wenn es heute noch politisches Potenzial unter den Studierenden gibt – wie könnte dieses aussehen? Ist es jenseits der politisch-kulturellen Folklore der (eigentlich eher westlichen) Bundesrepublik überhaupt (noch) naheliegend, unter Studierenden besondere Dispositionen für politisches Engagement zu suchen?

Tatsächlich ist nicht abzustreiten, dass sich im Verlauf von zwei Jahrhunderten gesellschaftlicher Entwicklungsdynamiken auch die Studierendenschaft substanziell ver-

1724 Vgl. etwa den unter Rekurs auf die vom Publizisten Sebastian Haffner geprägte Formel „Der Liberalismus hat sich totgesiegt“ geschriebenen späten Aufsatz Schelskys: Schelsky, Helmut: Der „Begriff des Politischen“ und die politische Erfahrung der Gegenwart. Überlegungen zur Aktualität von Carl Schmitt, in: Der Staat, 22. Jg., H. 3/1983, S. 321–345, hier S. 321f.

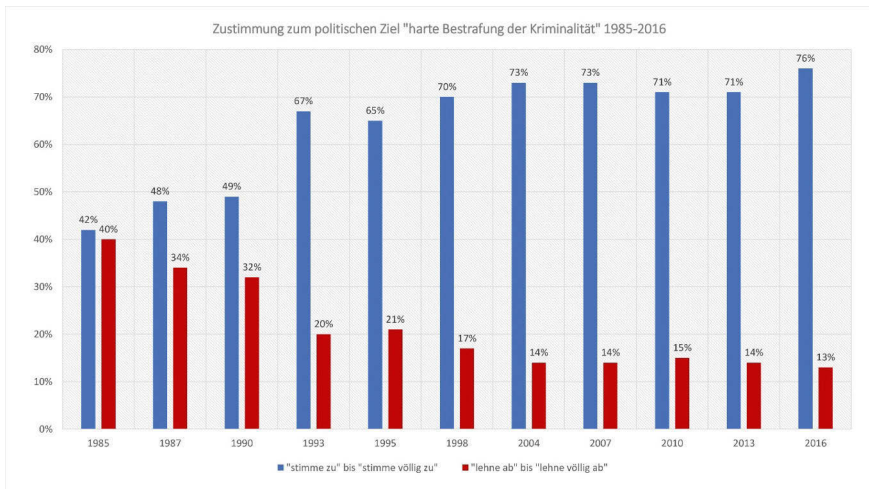
1725 Vgl. Kraushaar: Der Aufruhr der Ausgebildeten.

Abb. 15: Politisches Interesse der Studierendenschaft im Vergleich zur Gesamtbevölkerung 1983-2016



Daten entnommen aus Datenalmanach Studierendensurvey 2007, S. 219; Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 215; Statistisches Bundesamt/WZB: Datenreport 2018, S. 351.–

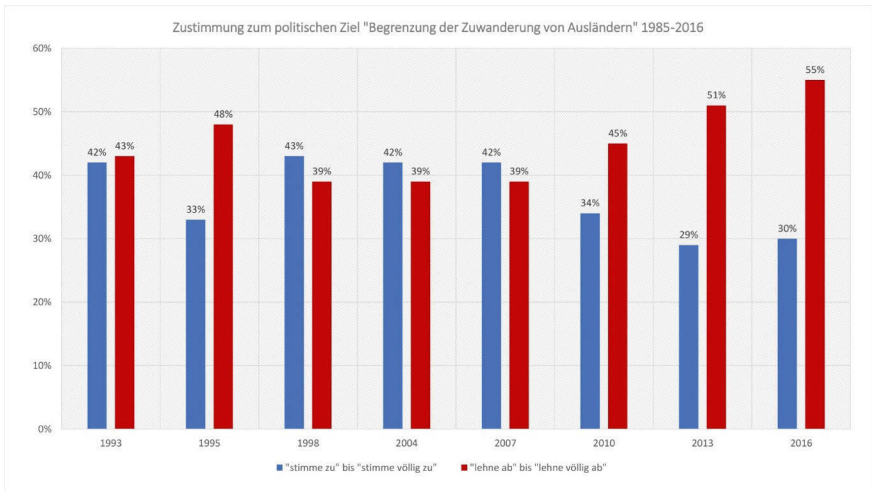
Abb. 16: Zustimmung zur harten Bestrafung vom Kriminalität



Daten entnommen aus Datenalmanach Studierendensurvey 2007, S. 227; Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 220.

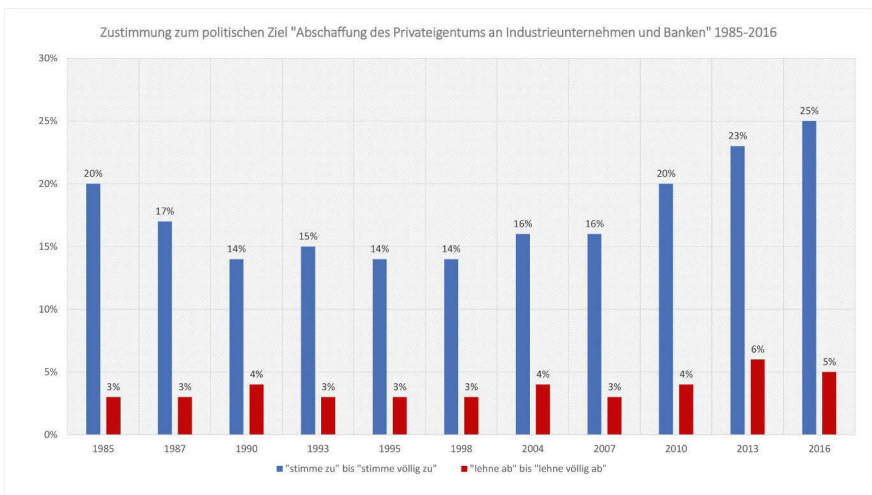
ändert hat. Pointiert gesprochen, steht am Ende dieser Geschichte der individualisierte Massenstudent, der infolge wiederholter sozialer Öffnung des Studiums und peri-

Abb. 17: Zustimmung zur Begrenzung von Immigration



Daten entnommen aus Datenalmanach Studierendensurvey 2007, S. 228; Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 221.

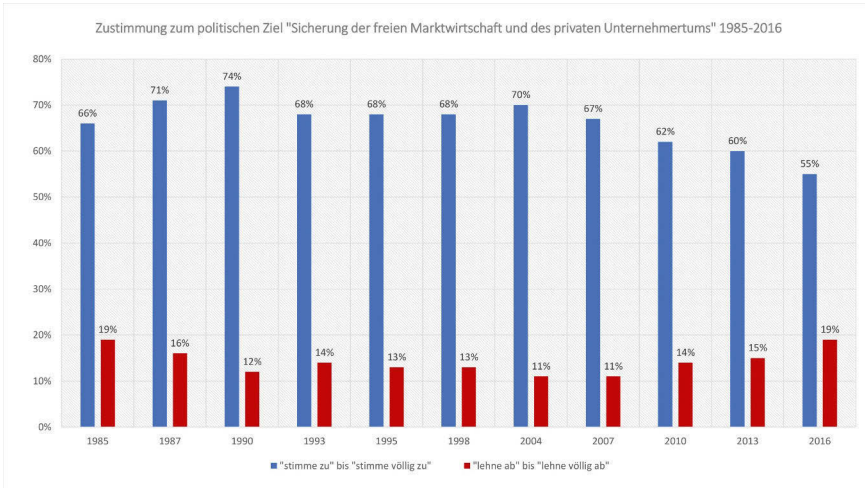
Abb. 18: Zustimmung zur Abschaffung des Privateigentums



Daten entnommen aus Datenalmanach Studierendensurvey 2007, S. 227; Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 220.

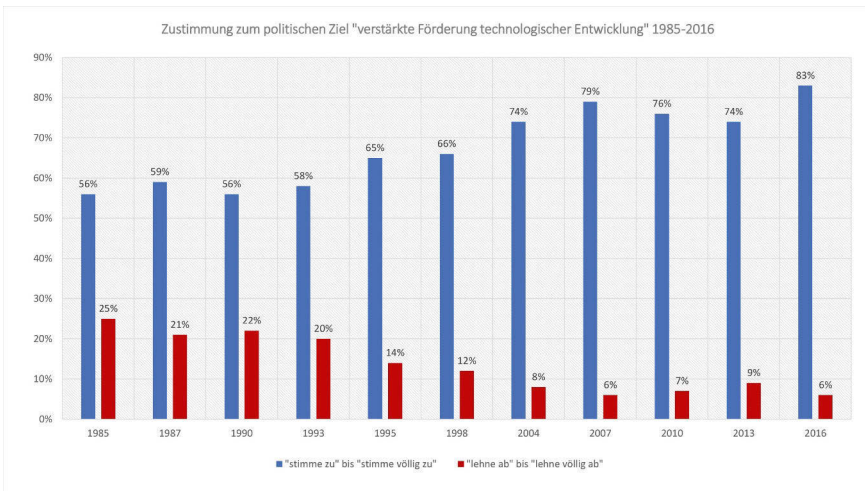
odisch wiederkehrender Marktorientierung der Universität keinem identifizierbaren Milieu mehr angehört, nicht mehr in verbindliche subkulturelle Organisationsformen eingebunden ist, überhaupt die Immatrikulation an der Universität nicht einmal mehr

Abb. 19: Zustimmung zur Sicherung von Marktliberalismus



Daten entnommen aus Datenalmanach Studierendensurvey 2007, S. 227; Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 220.

Abb. 20: Zustimmung zur Förderung der technologischen Entwicklung



Daten entnommen aus Datenalmanach Studierendensurvey 2007, S. 227; Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 220.

als Verpflichtung auf ein spezifisches Standes- oder Sozialethos¹⁷²⁶ empfindet, sondern

1726 Das wohl beeindruckendste Zeugnis des einstigen aus dem studentischen Reformimpuls geborenen, aber noch durch quasiständische Elite- und Exklusivitätsansprüche durchsetzten Versuchs, studentisches Leben, individuelle Selbstentfaltung und politisches Rollenverständnis in einem

schlicht als Beginn einer Ausbildungsphase neben anderen. Im Konfliktgemisch der sich entfaltenden Industrialisierung und der Expansion der Hochschulbildung ging diese soziale Spezifität sukzessive verloren; schon in Weimar begannen sich dann jene massengesellschaftlichen Tendenzen durchzusetzen,¹⁷²⁷ die sich, unterbrochen durch eine von Wirtschaftskrisen und Kriegen bedingte Latenzperiode, nach etwa 1970 in Gestalt der postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft durchsetzen.¹⁷²⁸ 1980 führten sie zur letzten Überfüllungskrise der akademischen Karrieren, einem zyklisch wiederkehrenden Phänomen einer Steigerungsdynamik der Bildungsexpansion, die sich über zunächst blockiertes Wachstum (Vormärz), schlagartige Expansion (mit Unterbrechungen von 1860 bis 1930), und rigorose Drosselung (Nationalsozialismus) hinweg durchsetzte.¹⁷²⁹ Zur sozialen Öffnung des Studiums gesellt sich das Verschwinden des klassischen Studentenlebens: Zwischen 1960 und 1980, dem Zeitraum des bislang erstaunlichsten Bildungswachstumsschubs der deutschen Geschichte, war das schon länger politisch diskreditierte Verbindungswesen irreversibel marginalisiert. Das darf zwar nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch die APO ein Selbstverständnis des intellektuellen und politischen Avantgardismus pflegen konnte, ja den auf der abgelebten Verbindungstradition aufsattelnden Anspruch¹⁷³⁰ erhob, die gesamte Studierendenschaft zu repräsentieren. Spätestens in den 1980er Jahren hat sich diese Entwicklung vervollständigt: *Studierende haben die für sie lange Zeit prägende (weitgehende) soziale und sozialmoralische Spezifität verloren. Damit verschwinden auch wesentliche Differenzen zu nichtstudierenden Gleichaltrigen.* Zu dieser grundlegenden Beobachtung führt der historische Längsschnitt den

historisch neuen bürgerlichen Sittenverständnis zu integrieren, stellt wohl der Kodex der „studentischen Ehre“ aus dem Kontext der Urburschenschaft 1815-1819 dar: „Unter dem Sammelbegriff der studentischen ‚Ehre‘ suchen die Burschenschafter eine verbindliche und alle Aspekte des studentischen Lebens integrierende Antwort auf die Fragen nach dem Sinn und dem Stellenwert dieser Altersphase im Kontext der individuellen Lebensperspektive überhaupt, nach ihrer persönlichen Selbsteinschätzung, ihrer Stellung in der Gesellschaft und im Verhältnis zum Staat. Als beherrschendes Motiv tritt dabei die allmähliche Modifikation des ständisch-korporativen Ehrverständnisses in Richtung auf einen emphatischen Begriff der Individualität hervor.“ Hardtwig: Studentische Mentalität, S. 591.

1727 Natürlich waren diese Entwicklungen schon im Kaiserreich zu spüren: die darauf reagierende Wahrnehmung eines „Kulturverfalls“ ist als bildungsbürgerliches Deutungsmuster einer um ihre Privilegien bangenden Sozialformation anzusehen. Um dieses Phänomen dreht sich die von Ringer verfochtene und von Lundgreen (aufgrund der keineswegs modernistischen Entwicklung der deutschen Akademikerschaft nach dem Niedergang der „Mandarine“) kritisierte These eines aggressiven politischen und kulturellen Antimodernismus der akademischen Eliten, vgl. Ringer: Die Gelehrten und Lundgreen, Peter: Bildung und Besitz – Einheit oder Inkongruenz in der europäischen Sozialgeschichte? Kritische Auseinandersetzung mit einer These von Fritz Ringer, in: Geschichte und Gesellschaft, H. 7/1981, S. 262-275.

1728 Vgl. Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl.

1729 „Obwohl sie von den beteiligten Studenten als einmalige Existenzbedrohung empfunden werden, sind die Probleme der 1970er und 1980er Jahre nur eine verschärfte Form eines langfristigen Strukturwandels der Universität. In allen Industriestaaten waren die Expansion, Differenzierung, soziale Öffnung und Professionalisierung der Hochschule mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden.“ Jarausch: Deutsche Studenten, S. 243, vgl. außerdem *ibid.*, S. 244.

1730 Im Vormärz erhoben selbst kleinere radikale Zirkel der Burschenschaftsbewegung wie die zur „progressiven“ politischen Praxis drängenden Germanen diesen Anspruch, vgl. Hardtwig: Studentische Mentalität, S. 599.

Forscher nahezu unweigerlich. Insbesondere angesichts der besonderen Vorgeschichte: Das lange 19. Jahrhundert hindurch ist die politische Geschichte der Jungakademiker eng mit derjenigen ihres hauptsächlichen Herkunftsmilieus, des aus dem Beamtentum der deutschen Gliedstaaten hervorgehenden Bildungsbürgertums, und damit auch des deutschen Bürgertums insgesamt verkettet. Diese Geschichte begann, als die überregionale Vernetzung der studentischen Organisationsformen ab 1750 den ersten gesamt-nationalen politischen Organisationszusammenhang des deutschen Bürgertums stiftete,¹⁷³¹ und endete mit der Kriegsniederlage des Deutschen Kaiserreichs, als die kulturell einflussreiche und materiell saturierte Schicht der „deutschen Mandarine“ zerging.

„Ihre Entwicklung verlief innerhalb der gewaltigen Aufwärtsbewegung des Bürgertums, und die Studentenschaft nahm sogar in den Tagen des Wartburgfestes von 1817 für kurze Zeit die Führung in die Hand. Seitdem teilte sie Wohl und Wehe mit dem Bürgertum, und mit ihm zusammen stürzte sie schließlich am 9. November 1918 von der erreichten stolzen Höhe herab.“¹⁷³²

Insofern sind Studierende schon seit Weimar eigentlich nicht mehr im vollen Sinne als jene radikalen Antizipatoren bildungsbürgerlicher Mentalitätstrends zu verstehen, als die Konrad H. Jarausch sie 1984 noch sah¹⁷³³ – und ganz besonders heute, in Zeiten eines fortgesetzten, immer neue Rekorde brechenden Bildungswachstums, ist der Sinn einer solchen Generalaussage noch weniger klar.

Beginnend mit der auslösenden (nicht *ursächlichen*) antinapoleonischen Kriegserfahrung waren studentische Oppositionsbewegungen Teil dieser Geschichte, die nicht nur gesamtgesellschaftliche Entwicklungen bezeugt, sondern auch die Verflochtenheit der Studierendenschaft mit den jeweiligen sozialen wie kulturellen Auseinandersetzungen, ferner ihre Rolle bei der Verbreitung und Popularisierung moderner bürgerlicher Assoziations- und Organisationsformen in Deutschland. *Emanzipativ auftretende Studentenbewegungen speisten sich dabei aus der Traditionslinie des frühliberalen urburschenschaftlichen Reformimpulses, der sich auf die Grundgedanken der neuhumanistisch inspirierten Förderung intellektueller und charakterlicher Reife der studierenden Individuen jenseits von Stand und Geburt, die bürgerliche Zivilisierung und Disziplinierung studentischer Gesellungsformen und die damit verbundene Verpflichtung auf eine liberale (erst später im modernen Sinne demokratische und sozial ausgleichende) Staatsform stützt.*¹⁷³⁴ Im langen 19. Jahrhundert beriefen sich nicht nur die drei sukzessive politisch radikaleren Generationen der liberalen Burschenschaften (1815-1819, 1827-1832 und die Progressbewegung 1837-1855) auf diese Traditionslinie, sondern auch das verbindungskritische, erkennbar ungebrochen auf dem Ideal der „Selbsterziehung“ zu Mündigkeit

1731 Vgl. *ibid.*, S. 581.

1732 Schulze/Ssymank: Das deutsche Studententum, S. 160.

1733 Vgl. Jarausch: Deutsche Studenten, S. 246.

1734 Zur Genese jenes spezifischen, nur für einen begrenzten Zeitraum stabilen Gemischs von „Gesittungs- und Disziplinierungsbewegung“ und politischer Bewegung vgl. noch einmal Hardtwig: Studentische Mentalität, S. 591-600. In diesem Zusammenhang gilt es immer auch zu beachten, dass ein großer Teil der Reformstudenten, dem es primär um Reform der „Gesittung“ ging, stets dezidiert unpolitisch aufgetreten ist.

und Streitkultur als Grundlage studentischer Autonomie fußende¹⁷³⁵ urbane Freistudententum (1840er-1920er Jahre), das sich im Vormärz, stärker aber noch im jugendbewegten Kaiserreich und in der Weimarer Republik die antikorporative Organisationsform der Finkenschaften respektive Wildenschaften gab. Auch das solidaritätsbasierte Zusammengehörigkeitsbewusstsein der frühen studentischen Selbsthilfe- und Selbstverwaltungsbewegung in den Weimarer Elendsjahren zehrte in gewissem Sinne noch eine Weile von dieser Tradition, bevor der Gedanke volksgemeinschaftlicher Kollektivität das liberale Erbe abzureiben begann.¹⁷³⁶ Schließlich vermochte die Studentenbewegung von „1968“ trotz der Argumentationsfigur der „substitutionalistischen“ Avantgarderolle für die sozialistische Revolution – in einer Phase studentisch-bildungsbürgerlicher kultureller „Unbehaustheit“! – ein im Grunde sehr altes studentisches Autonomie- und Verantwortungsempfinden zu reaktivieren, auch subkulturelle Surrogate für die verblichene Verbindungstradition bereitzustellen.¹⁷³⁷ Seinen Widerhall fand der egalitäre Impetus insgesamt im Drang zur Demokratisierung studentischer Organisationsformen und in der Forderung nach Hochschulreformen, in der Insistenz auf studentische Lern- und Lebensfreiheit, in der Leidenschaft für die politische Diskussion, und in einer Kritik der Lebensverhältnisse ökonomisch schlechter gestellter Studenten. Nie kam er ohne ein spezifisches Amalgam aus Traditionspflege und „progressivem“ Modernisierungsanspruch aus. War der bildungsbürgerliche Nationalliberalismus noch erkennbar männlich und protestantisch geprägt, optierte die Freistudentenschaft bereits für geschlechterparitätische Mitgliederstrukturen. Dabei bedarf ganz besonders der Vergleich von „1848“ und „1968“ einiger Einschränkungen. Der herausgearbeitete Traditionsbruch zwischen klassischer sozialer Emanzipationsbewegung und den „Performanz“-orientierten Aktionsrepertoires modern-mittelschichtigen Bürgerprotests¹⁷³⁸ streut Sand in das Getriebe der Analogisierungsmaschine. *Die antiliberalen, restriktiv-elitären und sozialchauvinistischen Traditionslinien studentischer politischer Bewegung wurzelte stärker im korporativ-landsmannschaftlichen Traditionalismus der kleineren Universitätsstädte, stützte sich wesentlich auf gemeinschaftsstiftende ständisch-aristokratische Rituale, auf Tugendmaximen im Sinne der „Ehrenwahrung“ und auf das Männerbundsprinzip.*¹⁷³⁹ Schon zu

1735 Vgl. Wipf: Studentische Politik und Kulturreform, S. 229 und 249.

1736 Vgl. Nipperdey: Die deutsche Studentenschaft in den ersten Jahren der Weimarer Republik, S. 26-28 und 32-38.

1737 Unzureichend wissenschaftlich untersucht erscheint die Einmündung freistudentischer Intellektualität in die neomarxistische Theorietradition, wie sie von dem Frankfurter Institut für Sozialforschung unter Max Horkheimer visiert worden ist. Als frühere Freistudenten sind beispielsweise die Intellektuellen Ernst Bloch, Karl Korsch, Walter Benjamin und Helmuth Plessner oder die Politiker Adolf Grimme und Gustav Radbruch zu nennen. Die Reformbewegung der Freistudentenschaft kann bis zu einem gewissen Grad durchaus als Schule späterer linker Eliten in der Weimarer Republik aufgefasst werden, vgl. Wipf: Studentische Politik und Kulturreform, S. 14f.

1738 Vgl. Gassert: Bewegte Gesellschaft, S. 275f.

1739 „Studentische Sitte und Lebensführungsart wurden in der alten Welt an allen protestantischen Universitäten des Reichs von den alten Landsmannschaften beherrscht. Die Zugehörigkeit war mehr oder weniger Pflicht. Organisationsprinzip war, wie der Name sagt, die regionale Zusammengehörigkeit, die sich mit den territorialstaatlichen Grenzen nur in Ausnahmefällen deckte.“ Hardtwig: Auf dem Weg zum Bildungsbürgertum, S. 20. Vgl. außerdem zur Wahrnehmung dieser Traditionslinie als mittelalterlichem Atavismus durch die Freistudenten Wipf: Studentische und Politik und Kulturreform, S. 229-233. Auch hier gilt, dass die konservativ-traditionalistischen

Vormärzzeiten die Mehrheit der studentischen Verbindungsformen ausmachend, wurde der Corpsstudent zum „Idealbild der Wilhelminischen Ära“ und ihrer militaristischen Gesellschaftsorganisation, ganz wie der Reserveoffizier das „Idealbild des deutschen Bürgers“ darstellte.¹⁷⁴⁰ Die Ehre der Nation zu fördern, wurde zum erklärten politischen Ziel der Verbindungsstudenten im Kaiserreich. Dies verläuft parallel zur Umstülpung des deutschen Nationalismus, dem (bildungs-)bürgerlichen politischen Projekt *par excellence*, von einer liberalen Emanzipations- und Fortschrittsideologie in eine konservative und chauvinistische Herrschaftsideologie des 1871 zum Nationalstaat zusammengefügt imperialistischen Deutschlands im Zuge der „inneren Reichsgründung“ und der Ausschaltung der altliberalen Kräfte als Trägerschicht des Nationalismus bis 1890.¹⁷⁴¹ Insofern waren die Korps in jenen Jahren zwar durchaus politisiert, agierten aber nicht jenseits der etablierten Organisationsformen und insbesondere nicht oppositionell. Anders ist das im Falle der völkischen Studentenbewegung der 1920er und 1930er Jahre gelagert, in deren Formationsprozess das antiliberal-traditionalistische Erbe eine ambivalente Rolle spielte: Das akademische Bündnis mit der nationalsozialistischen Bewegung, das zunächst die Studenten und später die erwachsenen Akademiker mit der Absicht bildungsbürgerlicher Privilegiensicherung eingingen, kehrte sich in den 1930er Jahren in passive Widerstände des korporativen Traditionalismus gegen die fortgesetzte „Mobilmachung“ um.

Einige besondere Gemeinsamkeiten von Studentenbewegungen sind in der Gesamtschau festzuhalten: *Stets partizipierte nur ein kleiner Teil der Studierenden aktiv an den Bewegungen ihrer Zeit, den Nukleus bildeten zumeist kleine, hochaktive Zirkel.* Trotzdem können Bewegungen einen nachhaltigen Einfluss auf das Selbstverständnis und die politischen Ziele eines numerisch signifikanten Teils der Studentenschaft haben. Im Falle der bundesrepublikanischen Studentenbewegung von „1968“ ist das wie gesehen empirisch belegt und über die Zeitspanne zwischen 1967 und 1982/83 hinweg klar nachvollziehbar. Natürlich bedeutet die breite Übernahme symbolkräftiger Slogans aus dem Angebot von Bewegungen dabei nicht zwangsläufig, dass aktivistische und nur sympathisierende Studierende unter ihnen dieselben Bedeutungsgehalte verstehen – hier sei an das Beispiel der nachhaltig wirksamen Maxime der „Demokratisierung“ erinnert. Insofern: Das Bild schlummernder politischer Energien, welche in besonderen Konfliktkonstellationen aktiviert werden und dann, gleich einem Dambruch, eruptiv zu Studentenbewegungen führen, wäre simplifizierend. Ebenso wenig sind Studentenbewegungen irregulär-plötzliche Phänomene. *Protest kann sich zwar jederzeit spontan an Einzelthemen entzünden, aber auch verglühn; Bewegungen aber hatten Vorlaufzeiten, reagierten auf spezifische gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und wurden in ihrer*

Kreise der Studentenschaft zumeist zwar verhalten staatsfremd, aber doch mehrheitlich unpolitisch aufgetreten sind. Die imperialistisch-militaristische Parteinahme für „die deutsche Nation“ war schließlich ein Produkt der 1880er Jahre.

1740 Vgl. Studier: Der Corpsstudent als Idealbild der Wilhelminischen Ära, S. VI. sowie Schulze/Ssymank: Das deutsche Studententum, S. 181-185.

1741 Vgl. Winkler: Der lange Weg nach Westen, Bd. 2, S. 236-247, insbesondere S. 245: „Der Bedeutungswandel des Begriffs ‚national‘ wurde von einem Wandel der Trägerschichten des Nationalismus begleitet. Seit sich die preußischen Konservativen 1876 in ‚Deutschkonservative Partei‘ umbenannt hatten, beanspruchten sie auch, die wahren Vertreter des nationalen Gedankens zu sein.“

formativen Phase wesentlich durch gut organisierte Netzwerke „gemacht“. Dazu gehört es, dass die Studentenbewegungen der Signaljahre „1848“, „1968“ und „1933“ zum Zeitpunkt ihrer größten öffentlichen Aufmerksamkeit jene gesellschaftlichen Veränderungen, für die sie berühmt wurden, finalisierten, nie initiierten. Das ist nicht nur anhand der nationalrevolutionären Mobilisierung der 1830er und 1840er Jahre oder am sozialliberalen Mentalitätswandel Ende der 1960er Jahre nachzuzeichnen; schon die Hinwendung der Burschenschaftsbewegung zur Nation als sämtliche Reformimpulse verklammernden Kernidee fußte auf der schrittweisen „Verbildungsbürgerlichung“ der Studentenschaft seit 1750 durch bürgerliches Sozietätswesen („eine neue Art partiell ständevereschmelzender Geselligkeit“ in Form von Lese- und Geheimgesellschaften, Zeitungen, etc.¹⁷⁴²) und Wertvorstellungen; der oft als ursächlich angenommene Antinapoleonismus erscheint demgegenüber vielmehr „nur“ als auslösendes Moment.¹⁷⁴³ Somit: „Was man für das Typische eines Jahrzehnts oder eines Jahrhunderts nimmt, hat in der Regel seinen formativen Ausgang weit früher [...]“¹⁷⁴⁴, da

„sich gesellschaftliche Entwicklungen politisch oft genug erst dann umsetzen, wenn der soziale Prozess bereits abgeschlossen ist, die untergründigen kulturellen Bewegungen sich schon in eine neue Richtung geschoben haben.“¹⁷⁴⁵

Im direkten Vergleich von „1848“ und „1968“ fällt neben dem analogen Scheitern an den politischen Nah- und Fernzielen, neben dem Mobilisierungsbeginn in hochschul- und bildungspolitischen Auseinandersetzungen, neben den ruckartigen Politisierungserfolgen, neben dem Zerfall in heterogene Teilströmungen zum Zeitpunkt der größten Mobilisierungskraft und neben dem langfristigen Einfluss auf gesellschaftliche Modernisierungsprozesse¹⁷⁴⁶ überdies das oft beobachtete Dilemma historischer Fortschrittsbewegungen auf: Da sie ihren „Treibstoff“ wesentlich aus der Oppositionsrolle beziehen, erschaffen sie nicht primär im Moment des Scheiterns, sondern verzehren sich viel eher noch über ihren langfristigen Siegeszug hinweg, schließlich durch die Übernahme von Elite- und Machtpositionen. Für ihre Trägergruppen (in beiden Fällen das aufstiegsorientierte Jungakademikertum) gilt: „Sie kommen an, sind saturiert, taugen demzufolge nicht mehr als Motoren kraftvoller Fortschrittlichkeit.“¹⁷⁴⁷ Tatsächlich handelte es sich in beiden Fällen um „ausgebremste Gegeneliten“ bzw. um „bürgerliche[n] Kadernachwuchs“, der sich – wenn auch nur im Vormärz wirklich erfolgreich – zum Kräftereservoir für Massenbewegungen machen wollte. Ihre Energien entstanden nicht aus Leid oder Elend, sondern aus Aufstiegsdrang,¹⁷⁴⁸ ihr Selbstbewusstsein drehte sich

1742 Hardtwig: Studentische Mentalität, S. 612f.

1743 Ibid., S. 610–617.

1744 Walter: Rebellen, Propheten, Tabubrecher, S. 327.

1745 Walter: Baustelle Deutschland, S. 162.

1746 Den Vergleich zwischen „1968“ (damals noch „1967“) und „1848“ zu ziehen, lag daher für viele Zeitgenossen der alten Bundesrepublik durchaus nahe. Es ist – wie weiter oben, Kapitel II.2.1, erwähnt – nicht ganz unplausibel, dass das kulturell überlieferte Stereotyp vom kritischen Studenten zwar wesentlich durch die Bilder von „1968“ aufrechterhalten wird, aber doch in Tiefenschichten der politischen Kultur auf 1815 bzw. 1848 zurückverweist.

1747 Walter: Rebellen, Propheten, Tabubrecher, S. 17.

1748 Ibid., S. 122.

um eine robuste, durch die historische Entwicklung legitimierte, „meritokratische Achse“. ¹⁷⁴⁹ In Phasen akademischer Überfüllung und stark eingetrübter Berufsaussichten hingegen scheint eskapistisch-subkulturelle Gesellschaftskritik stärker zu reüssieren: So treffen sich die spätwilhelminische Lebensreform-, Wandervogel- und Jugendbewegung einerseits und die „No future“-Alternativbewegung um 1980 andererseits in ihrer emphatischen Betonung von „Kultur“, Innerlichkeit und Ursprünglichkeit gegen die unzumutbare Entfremdungserfahrung kalter Zivilisation; beide Impulse drücken die mäandernde Suche nach dem „Bild einer Gesellschaft, in der man als Mensch wahrhaftig leben könne“, ¹⁷⁵⁰ aus. Ein weiteres auffällig konstantes Phänomen liegt ferner in dem noch bis in die 1960er Jahre prägenden Anspruch jungakademischer Gruppen „links“ wie „rechts“ (und dementsprechend auch vieler älterer Bildungsbürger), als Clique ausgewählter Eliten die Studierendenschaft und damit die Gesellschaft insgesamt kulturell und/oder politisch anzuführen: im Vormärz als Funktionselite der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer „Zielutopie“, im Falle der APO als „substitutionalistische“ Revolutionäre. Der Status der in vielerlei Hinsicht privilegierten, zwar politisch neutralisierten, aber doch materiell saturierten und zumindest kulturell deutungsmächtigen deutschen „Mandarine“ im Kaiserreich kommt der Ehrenrolle der Intellektuellen, wie sie zumindest die Anführerfiguren der Studentenbewegungen offensichtlich für sich selbst reklamierten, wohl am nächsten. ¹⁷⁵¹ Pointiert gesprochen: Karl Follen, Cheftheoretiker der frühen Burschenschaften und charismatisches Zentrum des Kreises der Gießener „Unbedingten“, und Rudi Dutschke, Wortführer der Studenten von „1968“, sind in vielerlei Hinsicht vergleichbare Charaktere. Die Beispiele des Korporatismus im Kaiserreich und des DHR bzw. NSDStB in Weimar zeigen allerdings auch, warum die bisweilen positiv konnotierte Schwärmerei über den studentischen Avantgardismus ahistorisch ist: Studenten waren eben nicht nur Fahnenträger der Freiheit, sondern auch begeisterte Standartenräger der Reichskriegsflagge und des Hakenkreuzbanners. Schließlich: Ein entscheidender, aber seltener Moment von Studentenbewegungen bricht an, wenn es diesen nicht nur gelingt, die Arena hochschulpolitischer Konflikte um gesamtgesellschaftlich virulente Thematiken zu ergänzen, sondern auch nichtstudentische Milieus zu aktivieren und eine Massenbewegung entstehen zu lassen. Der dritten Welle der Burschenschaftsbewegung ist das in den späten 1830er und 1840er Jahren gelungen, wiederum nach einer langen Phase des Scheiterns und ohne den studentischen Führungsanspruch aufrechterhalten zu können; das wiederum wäre nicht möglich gewesen

1749 Galtung: Eine strukturelle Theorie der Revolution, S. 166. Natürlich spielten Aufstiegsblockaden auch während der durch kollektivnarzisstische Kränkungserfahrungen befeuerten Selbstnazifizierung der deutschen Studierendenschaft eine wichtige Rolle: „Die faschistischen Massenbewegungen der 1920er und 1930er Jahre lebten wesentlich von den Frustrationsenergien beruflich ausgebremschter bürgerlicher Jungkader.“ Walter: Rebellen, Propheten, Tabubrecher, S. 122. Dennoch stützt diese Beobachtung die These, dass aus einer Phase relativen Elends eben kein Progressismus, sondern Aggressivität erwächst.

1750 Stifterverband für die deutsche Wissenschaft: Das geistige Bild der Studierendenschaft, S. 5 (Herv. J. S.) Vgl. ferner Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 186–194 sowie Glotz/Malanowski: Student heute, S. 82–96 und 176–192.

1751 Für die frühen Burschenschafter gilt: „In der Forderung nach dem *einen* Deutschland manifestiert sich auch bei den Burschenschaften von Anfang an ein neuartiger Anspruch der angehenden Bildungsbürger, mächtig zu sein.“ Hardtwig: Studentische Mentalität, S. 608.

ohne die (ersatz-)religiöse Aufladung der milieuübergreifenden deutschen Nationalbewegung. Ein wesentlicher Unterschied zwischen „1848“ und „1968“ besteht allerdings im sozialen Charakter der Studentenbewegungen: Während die vormärzlichen Studenten sich sukzessive als emanzipative Avantgarde eines klassenkämpferisch-revolutionären Bürgertums verstanden und dies auch tatsächlich waren, trägt die APO zur Hochzeit ihrer Mobilisierung trotz sozialistisch-revolutionärer Rhetorik Züge modernen Bürgerprotests von Angehörigen der bereits etablierten Mittelschichten: Diese Studentenbewegung war mehr „Resonanzraum“ als „Motor“ gesellschaftlichen Wandels,¹⁷⁵² oder in den Worten Gasserts über diesen neueren Bürgerprotest seit 1945: „Wandel kommt eher dadurch zustande, dass andere auf Protest reagieren.“¹⁷⁵³ Darüber hinaus lassen sich über die Umstände der Entstehung von Studentenbewegungen, über die Lebensdauer oder auch nur über die politische Stoßrichtung der beteiligten Personen, Gruppen und Organisationen keine persistenten Muster ausmachen.¹⁷⁵⁴ So sind Studierende keineswegs die meiste Zeit hindurch „links“ oder staatskritisch gewesen. Natürlich: Nach dem Muster der klassisch „progressiv“-radikaldemokratischen Kräftekonstellation im frühliberalen Sinne war die Burschenschaftsbewegung durchaus revolutionär „links“, und auch die um die APO zentrierte Studentenbewegung optierte zumindest verbal für eine sozialistische Gesellschaftsform. Zwischen 1871 und 1945 aber waren die nicht-korporierten, nicht-konservativen und nicht-staatstragenden Studentengruppen (mit Ausnahme der antidemokratischen Studentenbewegung ab ca. 1925) weitgehend marginalisiert, auch blieb der Linksradikalismus im gesamten 19. wie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts „ein politisch-soziales Phänomen an der Peripherie der Arbeiterbewegung“.¹⁷⁵⁵ Sicher befanden sich in den parteipolitisch durchzogenen Weimarer Jahren auch viele Studenten an dieser Peripherie, doch nur für kurze Zeit. Schließlich zeigten die politisierten Studierenden der 1970er Jahre starke reformerische und post-modern-antiwestliche Züge, was ihre Rubrizierung als unbezweifelbar¹⁷⁵⁶ „linke“ Gruppierungen erschwerte.¹⁷⁵⁷ Nicht zuletzt lässt ihre Nähe zum modernen performativen, organisatorisch wie programmatisch flexibilisierten Bürgerprotest jede damalige Aussicht auf praktisch-sozialrevolutionären Progressismus fraglich erscheinen. Insofern war größerer politischer Aktivismus von Studierenden tatsächlich stets „Resultat einer komplexen Interaktion zwischen Bildungswachstum, Subkultur und dahinterliegenden sozialen und politischen Prozessen“¹⁷⁵⁸ – und bedarf eben der Analyse am Einzelfall. Das

1752 Vgl. Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 273. Vgl. auch *ibid.*, S. 279.

1753 *Ibid.*, S. 279.

1754 „Weder die gerade Linie in das ‚Dritte Reich‘, noch die entgegengesetzte Tendenz zum Linksradikalismus sind substanziell korrekt. Eher bekämpften sich seit dem Vormärz radikale liberale, nationale und konservative Strömungen, wobei die eine oder andere, je nach Organisationsgrad und Wohlwollen der Universitätsbehörden oder Einflüssen der Gesellschaft und Politik dominierten.“ Jarausch: *Deutsche Studenten*, S. 246.

1755 Bock: *Geschichte des ‚linken Radikalismus‘*, S. 7 und 24.

1756 Abgesehen davon, dass schroffe begriffliche Zuordnungswünsche von der analytischen Unschärfe des Richtungsschemas „rechts/links“ ohnehin enttäuscht werden müssen.

1757 Auch kämpfte man in Vokabular und Attitüde für ein Proletariat, das es angesichts der sozialstrukturellen „Fahrstuhleffekte“ einer sich konstituierenden Mittelstandsgesellschaft nach US-amerikanischem Vorbild so bereits Ende der 1960er Jahre kaum noch gab.

1758 Jarausch: *Deutsche Studenten*, S. 246f.

zeigt auch die tragende Rolle verbandsmäßiger Kräfteverhältnisse im Falle der drei betrachteten Bewegungen: Die Sammlung bzw. Expansion einzelner protestierender Gruppen zu hochschulpolitische Ziele transzendierenden Studentenbewegungen wurde immer dann möglich, wenn ein größerer Teil der Studierendenschaft mit gemeinsamen politischen Zielen sich zu einem Studierendenverband mit (zumindest temporär legitimem) allgemeinem Repräsentationsanspruch zusammenfasste. Die Burschenschaftsbewegung des Vormärz musste ihre schwersten Rückschläge hinnehmen, als durch staatliche Repressionsmaßnahmen ihre Organisationen zerschlagen und ihnen die Aufrechterhaltung eines bundesweiten Verbandes in Gestalt der 1818 gegründeten Allgemeinen Deutschen Burschenschaft versagt war; die Studentenbewegung von „1968“ zerfiel in unversöhnliche Richtungskämpfe, als der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) als Gesamtverband jungsozialistischer Studierender sich auflöste; und auch die völkische Mobilisierung der deutschen Studenten im Vorfeld des Nationalsozialismus gelang nur in jener vorübergehenden Periode, in der die völkisch-revolutionären Bestrebungen der Studenten zuerst dem Deutschen Hochschulring (DHR) und schließlich dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) dazu verhalfen, ihren Repräsentationsanspruch gegen korporatistischen Traditionsstolz und prorepublikanische Deutschen Studentenschaft (DSt) durchzusetzen.¹⁷⁵⁹ Zum Gesamtkontext gehörte dabei allerdings stets der sich auf aufsteigender Stufenleiter vollziehende Zyklus aus Akademikermangel und Überfüllungskrise mit der grundierenden Gesamttendenz sozialer Öffnung.¹⁷⁶⁰

Was verrät ein an den Bewegungsphasen geschulter Blick auf die jüngeren und jüngsten politischen Proteste von Studierenden in der Bundesrepublik? Die Antwort fällt nun leicht: In ihnen sind die frühliberalen, freistudentischen und antiautoritären Traditionslinien in einer nahezu unentwirrbaren Mixtur grundsätzlich weiterhin lebendig. Sie sind dominiert von einem leidenschaftlichen – allerdings mittlerweile gesellschaftlich mehrheitsfähigen! – Bildungspathos. Wie zu Anfang der großen Bewegungen setzen sie dabei in der Regel bei konkreten hochschul- bzw. bildungspolitischen Belangen wie Prüfungsdruck, Zugangshürden und Überfüllungserscheinungen oder der sozialen Bedingtheit von Bildungszugängen an. Immer waren (ausbleibende oder anstehende) universitäre Umstrukturierungsprozesse zündende Auslöser des Unmuts; kanalisiert und verklammert wurde der Protest durch einen emphatischen Bildungsbegriff. Insgesamt aber fehlt in vielen Fällen ein langfristig planendes überregionales Organisationsnetzwerk. Das ist an allen studentischen Protestereignissen nach der Studentenbewegung von „1968“ zu beobachten, so etwa an den Streiks gegen das Hochschulrahmengesetz 1977/78,¹⁷⁶¹ an den Ansätzen zur „Volksuni“ 1985¹⁷⁶² und

1759 Vgl. Jarausch: *Deutsche Studenten*, S. 43-45; Fichter/Lönnendonker: *Kleine Geschichte des SDS*, S. 140-143; Schwarz, Jürgen: *Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik*, Berlin 1971, S. 404-407; Jarausch: *Deutsche Studenten*, S. 148-150 und 152-162.

1760 Vgl. Titze: *Wie wächst das Bildungssystem?*, S. 116-118.

1761 Vgl. Krause: *Zwischen Revolution und Resignation?*, S. 238ff.

1762 Vgl. Gabler, Andrea: *Sturm in Elfenbeinturm. Positionen und Aktionsformen des Göttinger AStA zu Wissenschaftsbetrieb und politischem Mandat von 1967 bis 1987*, Göttingen 1993, S. 54-57.

den Universitätsstreiks 1987¹⁷⁶³ – beides Göttinger Ereignisse –, ferner am größeren „UniMut“-Streik an der FU Berlin und in Frankfurt a.M. 1988, der zu Vollversammlungen, der Besetzung von Instituten und Hochschulgebäuden führte,¹⁷⁶⁴ und an der nach „1968“ größten diesbezüglichen Ereigniskette „Lucky Streik“ 1997, ausgehend von der Universität Gießen.¹⁷⁶⁵ Ihre politischen Perspektiven und Forderungen haben die Aktivisten des „Lucky Streik“ im darauffolgenden Jahr gebündelt in Gestalt eines Sammelbandes herausgegeben. Hier wird deutlich, dass die Studierenden an konkreten Missständen der Studiensituation wie der mangelhaften Versorgungslage der Universitäten, den bildungspolitischen Rückständigkeiten und der angespannten Lehrsituation¹⁷⁶⁶ ansetzten, aber erst in einem zweiten, abgeleiteten Schritt allgemeine gesellschaftspolitische Ziele formulierten. Sie forderten „freie Wissenschaft“ und eine Enthierarchisierung der Universität, brachten unter Rückgriff auf antikapitalistisches Vokabular eine „freie“, „emanzipatorische“ (im Gegensatz zur „entfremdeten“ und „repressiven“, auf berufliche Qualifizierung abzielenden) Bildungs- und Kollektivitätsform in Stellung.¹⁷⁶⁷ Am Beispiel von vier „bildungspolitischen Grundfragen“¹⁷⁶⁸ erblickten sie, ausgehend von den „Vorgänge[n] im Bildungssystem“, „Ansatzpunkte einer grundsätzlichen Diskussion unserer gesellschaftlichen Zukunft“ im Zeichen der „Demokratisierung“.¹⁷⁶⁹ Diese Grundfragen kondensieren sich zu der Suche nach einer Handlungsperspektive, die Herausbildung einer vom sozialen Abstieg geprägten „4/5 Gesellschaft“, die nachrückende Akademiker in die „Massenerwerbslosigkeit“ und die gesellschaftliche Wirkungslosigkeit zurückstoße, abzuwenden.¹⁷⁷⁰ Das all dem gegenüber zu stellende Verständnis von „Demokratie“ misst die realen politischen Verhältnisse an den Partizipations- und Demokratisierungsmaximen der 1970er Jahre, sieht Demokratisierung folgerichtig als noch nicht voll realisierten Prozess – und verpflichtet die Autoren zum Bekenntnis gegen den „neoliberalen Schulterchluss“ der gesellschaftlichen Eli-

1763 Vgl. *ibid.*, S. 57-58.

1764 Vgl. Himpele, Klemens: Vom Bildungsstreik zur Bewegung?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 8/2009, S. 11-15, hier S. 12f.

1765 Vgl. *ibid.*, S. 13f.

1766 Vgl. Brandt, Georg/HerausgeberInnengruppe Lucky Streik: „Lucky Streik“ – ein Kampf um Bildung: Gießener Studierende berichten, Gießen 1998, S. 13-32 und 33-38.

1767 Vgl. *ibid.*, S. 11-30.

1768 „Bei der gesellschaftlichen Frage geht es darum, wer wieviel Bildung in unserer Gesellschaft hat, was fängt diejenige mit ihr an, welche gesellschaftliche Verfügungsmacht erhält die Person, die Bildung erwerben durfte, und was wird denjenigen versperert, die von ihr ferngehalten bzw. denen nur ein Mindeststandard an Bildung gewährt wird? [...] Es folgt die bildungsökonomische Frage [...] Angeblich erwerben zu viele ihr Abitur und zu viele studieren. Wann ist die Zeit reif, daß für die Elite auch eine neunjährige Hauptschulbildung noch zu teuer wird, weil die AbsolventInnen ja sowieso keine Ausbildung und auch keine berufliche und damit gesellschaftliche Verwendung finden.“ Drittens die „pädagogische Frage“: „Wer erzieht wen, wozu, an welchen Inhalten und wie?“ und viertens der „Demokratisierungsgrad“: „Wie demokratisch ist die Gesellschaft und das jeweilige Subsystem? Wer wird wie weit beteiligt, wer tendenziell ausgeschlossen?“ *Ibid.*, S. 14f.

1769 *Ibid.*, S. 11.

1770 *Ibid.*

ten.¹⁷⁷¹ Ein essenzielles Scharnier der Argumentation besteht in einem erstaunlichen Bildungspathos, das im Anschluss an den Aufsatz Krippendorffs¹⁷⁷² entfaltet wird:

„Bildung ist die kreative und aktive Entfaltung der Kultur und die Aneignung ihrer Techniken. Bildung ist ein emanzipatorischer Prozeß, die Befreiung aus Abhängigkeiten bei gleichzeitigem Abbau von Macht und Herrschaftsverhältnissen. Bildung ist ein Prozeß permanenter Reflexion und Kritik des Bestehenden. [...] Bildung ist nicht auf ökonomische Verwertbarkeit reduzierbar. Bildung darf nicht fremdbestimmt und nicht ökonomischen oder [sic] oder herrschaftlichem Denken verpflichtet sein. In diesem Sinne bedürfen wir einer zweiten Bildungsreform.“¹⁷⁷³

Bildung im emphatischen Sinne, also in Abgrenzung zu „entfremdeten“, d. h. auf Erwerbstätigkeit gerichteten, Bildungskonzeptionen, ziele demnach „auf die Gleichheit der Menschen, die Gleichheit der Bildungschancen und die Erweiterung der demokratischen Selbst- und Mitbestimmung, in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein.“¹⁷⁷⁴ Bildung, hier wird Oskar Negt zitiert, solle „Bürgerrecht“ sein und als „lebendige Bildung“ die gesamte Gesellschaft „emanzipatorisch“ umgestalten.¹⁷⁷⁵ Die Universität sei ihrer „Idee“ nach „orientiert auf Autonomie“ und erfordere eine „Gemeinschaft von LehrerInnen und SchülerInnen“, ¹⁷⁷⁶ überdies „frei von herrschaftlichen Vorgaben oder Erkenntnisinteressen.“¹⁷⁷⁷ Sicher: Die Studierenden können sich auf das 1948 als Menschenrecht festgeschriebene „right to education“ gemäß Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte berufen¹⁷⁷⁸ – nur führt die deutsche Übersetzung „Recht auf Bildung“ eben spezifische Humboldt'sche Bedeutungsgehalte mit sich. Daher kann

1771 Ibid., S. 20-27.

1772 Vgl. Krippendorff: Die Idee der Universität.

1773 Brandt/HerausgeberInnengruppe Lucky Streik: „Lucky Streik“, S. 28.

1774 Ibid., S. 28. Dies werten die Verfasser *en passant* als Einlösung ihres historisch verliehenen „politische[n] Mandat[s]“, „daß Auschwitz nicht wieder sein darf“, ferner als „Auftrag zur Kritik und Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.“ Ibid. Erstaunliche ist auch die Überzeichnung der eigenen Wirkmacht, die an die Durchhalteparolen linksradikaler Zirkel erinnert: Im zitierten, zwischen autobiographischen, monographischen und dokumentarischen Schreibstilen changierenden Band, der mehrheitlich von Teilnehmern der „Einführungsveranstaltung zur politischen Bildung“ des Gießener universitären Instituts für Politikwissenschaft zusammengestellt wurde, heißt es protzig in einem Kapitelnamen: „Nirgends wird so gestreikt wie in Deutschland“; als Gewährsmänner werden ausländische Studierende aus den USA, Finnland, Griechenland, Frankreich und Litauen angeführt, *ibid.*, S. 11 und 182-196. Zudem ist dem gesamten Band die zwanghaft selbstverordnete Aufbruchsstimmung anzumerken, die Überzeugung, eine „bundesweite Bewegung“ initiiert zu haben, die „um etwas kämpfen muß, was früher selbstverständlich war“, die „Medienwirksamkeit“ und die Abschaffung der Examensgebühr in Hessen erreicht habe und schließlich die Studierendenschaft „politisiert“ habe. Ibid., Rückseite des Bandes, ferner S. 129-146, insbesondere S. 139, und 213. Mit anderen Worten: Jene wiederkehrenden Kritiker studentischen Protests, die schon der Studentenbewegung von „1968“ hypertrophen Verbalradikalismus vorwarfen, werden auch im zitierten Band reichhaltiges Material vorfinden.

1775 Ibid., S. 27-32.

1776 Ibid., S. 30.

1777 Ibid., S. 30.

1778 United Nations: Universal Declaration of Human Rights, 10.12.1948, online einsehbar unter: https://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR_Translations/eng.pdf [eingesehen am 01.08.2019] Entscheidende Vorläufer der Auffassung von Bildung als Menschenrecht finden sich

die zitierte Emphase auf soziale Egalität nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die „Lucky Streik“-Aktivisten letztlich den Erhalt (bzw. Ausbau) beinahe zerronnener akademischer Freiheiten, ja Standesprivilegien einfordern: eben Freiräume akademischer Betätigung und geschützte Karrierewege inmitten einer marktbasierten Wirtschaftsordnung.¹⁷⁷⁹ Ihre Universitäts- und Gesellschaftskritik ist spürbar bildungsbürgerlich-frühliberal gepolt. Diese Deutungsmuster von 1997 sind in ihren Grundlinien repräsentativ für studentischen Protest bis heute: Auch die stärker spontan entstehenden 2000er und 2010er Jahre, sichtbar etwa an den (eher kleinen, unvorbereiteten und überdies schnell erschöpften) Universitätsstreiks und Protestaktionen in Weimar, Bonn, München, Berlin, Dresden, Leipzig, Frankfurt a.M. und Göttingen 2003/04 unter dem Motto „Spar Wars“ anlässlich von geplanten Kürzungen und der Einführung von Studiengebühren,¹⁷⁸⁰ ferner die bislang letzte (und von einem im Voraus planenden Netzwerk von Schülern, Verbänden und Gewerkschaften ausgehenden¹⁷⁸¹) studentische Protestwelle, der Bildungsstreik 2009/10, die sich hinter Slogans wie „Bildungsklausur“ und „Reiche Eltern für alle“ versammelte, zehrten von ihnen.¹⁷⁸² Gerade der Entstehungsverlauf dieses letzten Studentenstreiks erinnert dabei stark an Dynamiken von „1968“: Der Protest-Impuls durchzuckte zunächst Frankreich (hier fanden im Sommer 2009 Hochschulstreiks statt, die die einjährige Verschiebung anstehender Bildungsreformen durch den damaligen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy erzwangen), Spanien und Griechenland, ehe der Funke im Juli 2009 auf den deutschen Raum übersprang. Bundesweit kam es zu Streiks, Hörsaalbesetzungen und Protesten zahlreichen Hochschulen, mehr als 200.000 Studierende und Schüler nahmen zur Hochzeit der Proteste an den verschiedenen Demonstrationen teil.¹⁷⁸³ Zwar fiel dieser Bildungsstreik gegenüber dem Spontaneismus 2003/04 durch eine konzertiertere Vorbereitung auf, zerfiel aber dennoch in wenigen Wochen. Ein Reaktivierungsversuch scheiterte schließlich 2011: Das kurze Aufflammen von Protesten für „kostenlose“ Bildung und einen Abbau der Bildungsselektion führte zwar zu Besetzungen in Berlin und Regensburg, blieb aber lokal begrenzt und wurde dort durch repressives Vorgehen von Behörden und Polizei zügig

unter den französischen Aufklärern, etwa Mirabeau und Condorcet, vgl. Friedeburg: Bildungsreform in Deutschland, S. 53-59.

1779 Vgl. Mann: *The Ideology of Intellectuals*.

1780 Vgl. Kolwitz, Kai/Hudemann, Steffen: Studenten geht die Luft aus, in: Spiegel Online, 06.01.2004, online einsehbar unter: <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/berliner-streik-kehraus-studenten-geht-die-luft-aus-a-280728.html> [eingesehen am 01.08.2019] und Landsberger, Antonio/Bühler, Andreas/Schmidt, Tobias/ Fest, Andreas/Schulze, Henning/Ott, Simone/Winter, Marcel/Wernicke, Jens: Proben für den großen Krach. Handbuch zur studentischen Protestorganisation, Münster 2005, online einsehbar unter: <https://ffmdieunibrennt.files.wordpress.com/2012/08/protesthandbuch.pdf> [eingesehen am 01.08.2019], S. 11-18.

1781 Vgl. Himpele: Vom Bildungsstreik zur Bewegung?, S. 14.

1782 Vgl. die web-archivierte Internetpräsenz des bundesweiten Bildungsstreiks 2009, online einsehbar unter: <https://web.archive.org/web/20090802074629/http://www.bildungsstreik2009.de/> [eingesehen am 01.08.2019] Darüber hinaus kann der Verfasser dieser Studie als ehemaliger Teilnehmer an einer Göttinger Großdemonstration im Spätsommer 2009 auch auf persönliche Erinnerungen zurückgreifen.

1783 Vgl. Kühne, Anja: Funktionieren ist kein Lernziel, in: Zeit Online, 17.06.2009, online einsehbar unter: <https://www.zeit.de/online/2009/25/bildungsstreik-demonstration> [eingesehen am 01.08.2019]

erdrückt.¹⁷⁸⁴ Insgesamt fällt auf: Der Atem der Studentenproteste ist immer kürzer geworden, und das im Grunde schon seit den späten 1970er Jahren: Erfahrungswissen und Organisationskraft gingen und gehen mit dem Kohortenaustausch, ältere Protestveteranen mit Erfahrungen aus dem „roten Jahrzehnt“ scheiden aus, dauerhafte Organisation gelingt nicht mehr. Die Achse von wiederkehrenden Studentenstreiks 1988 – 1997 – 2009 demonstriert zwar aktivierbare Protestenergien, dennoch erreichte man es nie, diese Impulse „in ein dauerhaftes Engagement zu überführen“, aus „dem einmaligen Streik tatsächlich eine Bewegung“ zu machen, die dann auch die „Option, eine grundlegend andere Bildungspolitik politisch durchzusetzen“, erwirken könnte.¹⁷⁸⁵ Insofern gibt diese einordnende Beobachtung der Proteste von 2003/04 durchaus so etwas wie eine Blaupause studentischer „Rebellions“-Versuche nach der Jahrtausendwende:

„Mit den Weihnachtsferien ist alles vorbei. Und dann dauert es wieder zwischen sechs und zehn Jahre, bis erneut eine Studentengeneration heranwächst, die ebenfalls in irgendwelchen Novemberwochen den Streik ausruft und dann nach den Weihnachtsferien abermals enttäuscht und resigniert in die Hörsäle zurückkehrt.“¹⁷⁸⁶

Die jüngeren Proteste gingen in der Regel von kleineren Aktivistenkreisen zumeist geistes-, sozial-, und kulturwissenschaftlichen Hintergrundes aus; es ist davon auszugehen, dass die erdrückende Mehrheit der Studierenden diesem Protest eher achselzuckend bis spöttisch gegenüber steht.¹⁷⁸⁷ Dennoch wäre es verfehlt, diese jüngeren Proteste zu belächeln, erzeugten sie doch öffentliche Aufmerksamkeit und vielerorts auch kleinere Erfolge, etwa in Gestalt von Modifikationen der Prüfungsordnungen. Der Bildungsstreik von 2009/10 erreichte sogar noch mehr, nämlich die politische Delegitimation der Bologna-Reformen: Hatte die damalige Bildungsministerin Anette Schavan die Aktivisten, die sie als renitente Reformunwillige angesichts alternativer Umstrukturierungen wahrnahm, anfänglich noch als „gestrig“¹⁷⁸⁸ denunziert, musste sie sich bald in die Reihe der konzessiven Verantwortungsträger einreihen. Die Hochschulrektorenkonferenz, viele Politiker, auch der Wissenschaftsrat waren sich nun einig: Man habe nachzubessern, eine „Reform der Reform“ sei notwendig.¹⁷⁸⁹ Die Bologna-Reformen vollumfänglich verteidigen wollte ab diesem Zeitpunkt niemand mehr. Im Gegenteil: Man lobte die Streikenden – und beraubte sie dadurch der durch sie heraufbeschwörten

1784 Vgl. o. V.: Occupy? Von wegen, in: SPIEGEL ONLINE, 17.11.2011, online einsehbar unter: <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/bundesweite-bildungswut-occupy-von-wegen-a-798370.html> [eingesehen am 01.08.2019]

1785 Himpele: Vom Bildungsstreik zur Bewegung?, S. 15.

1786 Walter, Franz: Bildungsgläubiger Studentenprotest, in: Ders.: Die ziellose Republik. Gezeitenwechsel in Gesellschaft und Politik, Köln 2006, S. 35-42, hier S. 37.

1787 Vgl. Bender, Justus: Die Revolution ist nicht zu erwarten. Interview mit dem Protestforscher Dieter Rucht, in: Die Zeit, 26.11.2009.

1788 Vgl. Titz, Christoph/Menke, Birger/Waleczek, Torben/Leffers, Jochen: Mehr als 100.000 Schüler und Studenten auf den Straßen, in: SPIEGEL ONLINE, 17.06.2009, online einsehbar unter: <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/bildungsstreik-mehr-als-100-000-schueler-und-studenten-auf-den-strassen-a-630965.html> [eingesehen am 01.08.2019]

1789 Vgl. o. V.: Nachbessern an der Uni, in: SZ.de, 17.05.2010, online einsehbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/karriere/nach-dem-bildungsstreik-nachbessern-an-der-uni-1.124587> [eingesehen am 01.08.2019]

Konfrontation.¹⁷⁹⁰ Das „Mürbemachen durch Umarmung“¹⁷⁹¹ geriet zur verbreitetsten politischen Reaktionsform, SPD und Grüne solidarisierten sich am überschwänglichsten mit den Streiks. So wurden „die schlimmsten Spitzen [...] entfernt, an der grundlegenden Ausrichtung des Bildungssystems“, so wurde frustriert festgestellt, „ändert sich aber nichts.“¹⁷⁹² Auch darin liegt ironischerweise eine große Mobilisierungshürde für studentischen Protest: „In einer gewissen Weise haben die gegenwärtigen Studenten zu viele Freunde und zu wenige Gegner. Alle Welt ist schließlich für Bildung.“¹⁷⁹³ Womit der Kreis geschlossen wäre: *Jedwedes politisches Mobilisierungspotenzial von Studierenden entstand aus dem Geiste hochschulreformerischer Bestrebungen. Sämtlicher genuin studentischer Protest begann mit universitären Reformzielen und bezog von diesen durchweg oppositionelle Legitimität; wenig gelangte dauerhaft über sie hinaus.* Hier wirkt es sich natürlich verhängnisvoll aus, dass das wiederholt in Stellung gebrachte Humboldt'sche Bildungsverständnis, seinerseits einst als spezifische Fortschrittsideologie gefasst, bereits seit einem guten Jahrhundert und besonders seit der zweiten Bildungswachstumswelle von der Modernisierungsdynamik der zertifikatsbasierten Allokation von Berufspositionen überholt ist. Scharf formuliert: Die Bildung der Gesamtpersönlichkeit mitsamt des kulturellen und ästhetischen Urteilsvermögens sowie der Entfaltung sittlich bestimmter Charakterzüge als Leistungskriterium kann einem „zeitgemäßen“ Karriereplaner nur als vormoderner Ballast erscheinen, erforderlich höchstens für Wege in bestimmte bildungsbürgerliche Subkulturen. Insofern ist dem Studentenprotest der letzten Jahre entgegenzuhalten: Die wirkliche Tradition – oder objektiv wirksame „Idee“ – der Universität besteht historisch betrachtet nicht in einem seit 1810 eingefrorenen preußischen Bildungshumanismus, sondern in der wiederholten Anpassung der Hochschulen an die in Deutschland vor allem durch die steigende Zahl gymnasialer Absolventen angetriebene Bildungsexpansion und an die Effizienzkriterien des Marktes.¹⁷⁹⁴

Jenseits der besonderen Phasen oppositioneller Studentenbewegungen sind, je nach gesellschaftlicher Situation, die verschiedensten Facetten politischen Verhaltens von Studierenden auszumachen, nicht aber *die eine* „kritische“, „rebellische“ oder gar „linke“ Tradition, die Studierende für fortschrittliches Engagement prädestiniert hätte. Die antisemitische und nationalchauvinistische Mehrheitsbildung der Korporationen im Wilhelminismus belegt eindrücklich, dass studentische Kollektivität als solche nicht *eo ipso* freiheitliche oder prodemokratische Stoßrichtungen entfaltet. Aber: In der noch heute

1790 „Zu Anfang der Proteste rieben sich vor allem die Protestierenden selbst ungläubig die Augen angesichts der warmen Wellen von Solidarität und Zuspruch allüberall. Statt klarer Konfrontation wurden die Studierendenproteste gelobt und die Verantwortlichen der aktuellen Bildungsmisere lassen sich auf offener Streikbühne im geschwisterlichen Umrunk mit den ProtestlerInnen ablichten.“ Kunze, Manuel/Tielesch, Simon: Bologna auf dem Markt der Meinungsmöglichkeiten. Was mit den Studierendenprotesten gesagt werden sollte – und was verstanden wurde, in: Psychologie & Gesellschaftskritik, H. 34/2010, S. 105-112, hier S. 106.

1791 Kolwitz/Hudemann: Studenten geht die Luft aus.

1792 Himpele: Vom Bildungsstreik zur Bewegung?, S. 14.

1793 Walter: Bildungsgläubiger Studentenprotest, S. 37.

1794 Wenngleich hier, dies ist noch einmal zu betonen, kein mechanischer Automatismus wirksam ist: Die sich in Reformen spiegelnden institutionellen Neuausrichtungen der Hochschulen sind natürlich immer auch von staatlichen und universitären Interessen mitbestimmt, wie in Kapitel II.1 dieser Studie deutlich geworden ist. Vgl. Münch: Akademischer Kapitalismus.

bestehenden relativen Ungebundenheit der studentischen Lebensphase scheint grundsätzlich Freiraum für Protestpotenziale zu bestehen, anders wäre das Auftreten von Bildungsstreiks nicht zu erklären. Das allerdings *wirft erst recht die Frage auf, warum Studierende heute insgesamt so politisch inaktiv sind – obwohl sie doch nach wie vor die dafür nötigen Freiheiten genießen?* Fehlender „ökonomischer Druck“¹⁷⁹⁵ in Zeiten der Vollbeschäftigung und sozialpolitische Abfederungsmechanismen¹⁷⁹⁶ allein können als Erklärungsgrundlage politischer Abstinenz keineswegs ausreichen. *Die Antwort auf das Rätsel könnte, folgt man den Ergebnissen der Survey-Studien, im Mangel an studentischem „Standesbewusstsein“ liegen, damit auch am Mangel an als verbindlich empfundenen politischen Projekten, Zielen und Utopien, auf die das Bildungspathos jenseits der Privilegienverteidigung hinauslaufen könnte, ferner an dem Verlust des einstigen Organisationsgrades:* Politische Mobilisierung resultierte ja nicht nur aus gesellschaftlichen Kontextbedingungen wie etwa der schlichten demographischen Dominanz von Jugendlichen, sondern auch aus der durch Organisationsetzwerke und ideell zusammengehaltene kollektive Sozialmoral gestifteten „Kampfpotenz“. Die erdrückende Mehrheit der Studierenden ist nicht mehr (hochschul-)politisch assoziiert, begreift sich nicht mehr als soziale Formation mit spezifischen Interessen.¹⁷⁹⁷ Es fehlt insbesondere an Organisationskompetenzen und Assoziationsformen, die es ermöglichen, aus der Masse der Studierenden ein politisches Subjekt zu formen, aber auch an einer gemeinsam geteilten (Symbol-)Sprache, auch an Leitideen jenseits der gesellschaftlich ohnehin nahezu konsensualen Bildungsapotheose. Derartige politisch-organisatorisches Erfahrungswissen, derartiger semantischer und kommunikativer kollektiver Kitt konnte in den 1970er und 1980er Jahren noch aus Arbeiterbewegungstraditionen in K-Gruppen, Sponti- und Ökopax-Bewegung bezogen werden. Es verebbt erkennbar in der beginnenden Phase post-wohlfahrtsstaatlicher Entwicklungen ab den späten 1970er Jahren und in den Jahrzehnten danach, in denen mit dem Auslaufen des sozialdemokratisch initiierten Pakts von Kapital und Arbeit und mit dem Erodieren der mitglieder-, milieu-, sozialmoralstarken Großorganisationen¹⁷⁹⁸ auch die abtrünnigen, heterodoxen usw. Gegen-Organisationsformen verblasen. Schließlich fehlt es zur Herausbildung all dieser benötigten Ressourcen an konstitutiven Auseinandersetzungen und an einem sozialmoralisch einenden Gegner.¹⁷⁹⁹ Freiheiten gibt es, die genutzt werden könnten – doch dafür müsste man wissen, wie und wofür. In diesem Zusammenhang fiel überdies auf, dass sich in den 1990er und

1795 Bebnowski: Generation und Geltung, S. 246. Ebenso wenig gibt es einen kurzen Weg von „materielle[r] Absicherung und rosige[n] Zukunftsaussichten“ zu „politisch-gesellschaftlicher Enthaltsamkeit“, wie das Beispiel der materiell abgesicherten und perspektivenreichen Urburschenschaft zeigt. Das gibt auch der Studentenhistoriker Harald Lönnecker der WELT zu Protokoll, vgl. Stoldt, Till-Reimer: Hauptsache gechillt, in: WELT Online, 09.07.2018, online einsehbar unter: https://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article179016726/Hauptsache-gechillt.html [eingesehen am 01.08.2019]

1796 Vgl. Bebnowski: Generation und Geltung, S. 252.

1797 Unter dem „Interesse“ sozialer Gruppen sind hier insbesondere materielle und statusbezogene Absichten gemeint – die „Gesamtheit der Möglichkeiten des einzelnen [sic], seine Konkurrenzposition zu verbessern oder zu erhalten.“ Deutsch, Karl W.: Der Nationalismus und seine Alternativen, München 1972, S. 36.

1798 Vgl. Walter: Zeiten des Umbruchs?, S. 69–76.

1799 Vgl. Walter: Bildungsgläubiger Studentenprotest, S. 37.

2000er Jahren die sukzessive Restrukturierung der Hochschulen nach Arbeitsmarktanforderungen auch in den politischen Orientierungen und im politischen Verhalten der studentischen Mehrheit niederschlug. *Die politischen Einstellungsmuster diversifizieren sich auch, weil das Studium viele seiner „traditionellen“ Züge verliert und damit eine einerseits durch die gesamtgesellschaftliche Auflösung von Milieustrukturen im Allgemeinen, andererseits die durch die exponentiell steigende Studierendenzahl angetriebene Auflösung akademischer Milieus im Speziellen weiter vertieft:* den Verlust der Selbstverortung in einer Studierendenschaft oder Fachschaft, d. h. in einem sozialen Kollektiv mit potenziellen gemeinsamen Interessen. Die Effekte fielen den Surveyforschern als weltanschauliche Fragmentierung, ja als zunehmende Inkonsistenz auf. Dass diese Fragmentierung auch als Rekonfiguration von Einstellungsmustern in neuen Verknüpfungsweisen aufgefasst werden könnte, wird dabei allerdings nicht diskutiert. Die Interpretationsfolie bleibt bisher klassisch industriegesellschaftlich-volksparteilich orientiert, angesichts der Persistenz der politischen Polarisierung zwischen Geistes- und Sozialwissenschaftsstudenten einerseits und Wirtschafts-, Ingenieurs- und Naturwissenschaften andererseits nicht ganz ohne Grund. Insgesamt ist der Schluss, den Bargel aus den Surveystudien zog, zunächst plausibel und einleuchtend: Angesichts des unverändert hohen politischen Interesses von Studierenden und angesichts der verbliebenen Freiheiten während der Studienphase *besteht fortwährendes (sowohl gesellschaftskritisch begründetes als auch materiell motiviertes und inzivil auftretendes) Protestpotenzial; eine neue Studentenbewegung hingegen ist nicht zu erwarten.*¹⁸⁰⁰ Dennoch: *Die bisherigen empirischen Kenntnisse lassen nur Vermutungen zu. Die Frage, welche grundlegenden politisch-sozialen Deutungsmuster¹⁸⁰¹ die disparat erscheinenden Einstellungswerte strukturieren, ist bisher ungeklärt.*

Auffällig ist heute allerdings auch das Fehlen von intellektuellen Stichwortgebern, Vordenkern und Idolen, die als Deutungselite wirken konnten – einst ein verstärkender und katalysierender Faktor in studentischen Politisierungsphasen. Diese Funktion übernahmen im frühen 19. Jahrhundert die nationalromantischen Philosophen und (vornehmlich Jenaer) Universitätsprofessoren¹⁸⁰² (zu den Professoren, die nach 1815 ihre Lehrerposition verließen und sich zu Mentoren der politischen Jugend aufschwangen, zählten u. a. Ludwig „Turnvater“ Jahn, Johann Christian Stark und Jacob Friedrich Fries¹⁸⁰³), während die Protagonisten der internationalen „68er“-Bewegung neomarxistische, existenzialistische und postkolonialistische Philosophen zitierten, ja bei festivalartigen Vorträgen nach konkreten politischen Anweisungen befragten. Während in Frankreich politische Intellektuelle wie Jean-Paul Sartre, Guy Debord und Henri Lefebvre besonders gefragt

1800 Das passt zur generellen Beobachtung der Jugendforschung, dass politisches Engagement junger Menschen sich an flexible Projekte heftet, aber die traditionellen professionalisierten Organisationen meidet. Vgl. Busse, Britta/Hashem-Wangle, Alexandra/Tholen, Jochen/Wolnik, Kevin: Parallele Welten politischer Partizipation. Junge Menschen und politische Partizipation in Deutschland, in: Kühnel, Wolfgang/Willems, Helmut (Hg.): Politisches Engagement im Jugendalter. Zwischen Beteiligung, Protest und Gewalt, Weinheim/Basel 2017, S. 77-102.

1801 Gemeint sind sinnhaft strukturierende und rechtfertigend deutende private Gesellschaftstheorien der Studierenden, wie in Kapitel I.5 dieser Studie herausgearbeitet.

1802 Vgl. Bartol: Ideologie und studentischer Protest, S. 60-62.

1803 Vgl. Hardtwig: Studentische Mentalität, S. 594 und Kraus: Kultur, Bildung und Wissenschaft, S. 29.

waren, bezogen SDS und APO viele ihrer zentralen Begriffe von sozialistischen und neo-marxistischen Professoren wie Wolfgang Abendroth oder Oskar Negt – oder eben aus den missverstandenen Werken jener der „Kritischen Theorie“ zugerechneten Autoren Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse, von denen sich aber wahrscheinlich nur letzterer überhaupt eine Zeitlang als Lehrer der Bewegung verstand. Im bundesrepublikanischen Fall ist es zwar insgesamt fraglich, ob es sich – abgesehen von den epistemologischen und moralischen Handreichungen Marcuses – bei der Berufung der „68er“ insbesondere auf Horkheimer und Adorno, die sich Mitte der 1960er Jahre in ungeduldige Enttäuschung und – im Falle der Subversiven Aktion in „publizistischen Vaternord“ – verwandeln musste¹⁸⁰⁴, nicht doch um ein gravierendes Missverständnis gehandelt hat. Die historisch blinde Einforderung revolutionärer Perspektiven von den Autoren der *Dialektik der Aufklärung*, welche das originäre neomarxistische Projekt der Kritischen Theorie angesichts der nationalsozialistischen Konzentrationslager eigentlich bereits im US-amerikanischen Exil der 1940er Jahre für beendet erklärten,¹⁸⁰⁵ bezeugen dies. Denn: Die Kritische Theorie als denkschulenhaftes System von „Ideen“ aufzufassen und mit dem Gleichnis der „Eigendynamik“ von „Geister[n], die sie riefen“, doch „weder zu koordinieren noch zu kontrollieren“ vermocht hätten,¹⁸⁰⁶ zu bedenken, verfehlt die Besonderheit eines Denkens, welche sich gegen die Erstarrung zur „Schule“ gerade zur Wehr gesetzt hatte.¹⁸⁰⁷ Das tut der richtigen Beobachtung, dass „die“ Kritische Theorie aufgrund ihrer früheren Revisionsarbeit am klassischen historischen Materialismus „auf die kognitive Orientierung der studentischen Linken ein[gewirkt]“¹⁸⁰⁸ hat, keinen Abbruch. Und auch dem Einwand nicht, dass der kalifornische Professor Marcuse der globalen „68er-Bewegung“ im Gegensatz zu seinen früheren Frankfurter Institutsgenossen dezidiert sympathisierend gegenüberstand, ja die späte Karriere als Bewegungs-Guru genossen haben mag.¹⁸⁰⁹ Schließlich wurde auch der völkische Fanatismus der akademischen Jugend in Weimar gegen Republik, demokratische Eliten und „Parteienwirtschaft“¹⁸¹⁰ durch die erwachsene antidemokratische, antiliberalen und militaristische Intelligenz inspiriert und angefeuert, wie sie sich in staatsrechtlichen Streits (u. a. zwischen Carl Schmitt und Hermann Heller), in der die Bündische Jugend insgesamt inspirierenden¹⁸¹¹ philosophischen und bellizistischen Literatur (u. a. Ernst Jünger, Hermann Löns, Hans Grimm) und in der jungkonservativen, deutsch-nationalen, nationalrevolutionären, nationalbolschewistischen, völkischen und schließlich nationalsozialistischen Publizistik (u. a. Oswald Spengler, Edgar Julius Jung, Arthur

1804 Vgl. Spix: Abschied vom Elfenbeinturm?, S. 503-506.

1805 Vgl. Claussen, Detlev: Abschied von gestern. Kritische Theorie heute, Hannover 1985, S. 12-15.

1806 Gilcher-Holtey, Ingrid: Kritische Theorie und Neue Linke, in: Dies. (Hg.): Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17, Göttingen 1998, S. 168-187, hier S. 186f.

1807 Vgl. Keune, Hannes/Schenke, Julian: „Weitsicht und Naivität“. Ein studentischer Blick auf die Ambivalenz der Frankfurter Schule, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, H. 3/2014, S. 78-86.

1808 Gilcher-Holtey, Ingrid: Kritische Theorie und Neue Linke, S. 185.

1809 Vgl. Walter: Rebellen, Propheten, Tabubrecher, S. 79-94.

1810 Vgl. Jarausch: Deutsche Studenten, S. 141.

1811 Vgl. Ahrens: Bündische Jugend, S. 153.

Moeller van den Bruck, Julius Binder)¹⁸¹² teils bereits seit Kaiserreichszeiten wortreich betätigte.¹⁸¹³ Heute hingegen ist generell überaus fraglich,¹⁸¹⁴ inwiefern Studierende noch bestimmte politische Inspiratoren oder idealisierungsfähige Lichtgestalten kennen, seien es (neue oder alte) Köpfe oder Bücher. Die Gründe für diese Entwicklung in der gebotenen Genauigkeit zu diskutieren, würde wiederum eigene Abhandlungen erfordern, liegt es nahe, sie im Kontext des Abschleifens organisatorisch gebündelter sozialer Konflikte zu sehen. Phasen ausgeglichener sozialer Verhältnisse, wie sie sich seit den 1960er Jahren hergestellt hatten und trotz rückläufiger Entwicklungen in vielerlei Hinsicht auch heute noch bestehen, sind stets die „schlimmste Zeit für Intellektuelle“¹⁸¹⁵ – denn politisch wirksame Intellektualität bedurfte immer der antagonistischen Spannung angesichts sozialer Verwerfungen, auch kollektiver Kränkungen, und der davon kontrastiv sich absetzenden Zukunftsvision.

Bevor nun Schlüsse aus dieser Zwischenbetrachtung für den empirischen Zuschnitt der Fokusgruppenstudie gezogen werden, ist noch kurz auf ein beliebtes Erklärungsmuster für jugendliches bzw. studentisches Bewegungspotenzial einzugehen: das Konzept des Mannheim'schen „Generationszusammenhangs“. Der hier zugrundeliegende Gedanke ist, dass *bestimmte* Geburtskohorten in gesellschaftlichen Übergangsphasen (die qua Lebensalter zu einer gemeinsamen „Generationslagerung“ gehören) kollektive Erfahrungsgehalte teilen können und sich in diesem besonderen Fall zu einem „Generationszusammenhang“ im „soziologischen Sinne“ zusammenfassen lassen, mit anderen Worten:

„Von einem *Generationszusammenhang* werden wir also nur reden, wenn reale soziale und geistige Gehalte gerade in jenem Gebiete des Aufgelockerten und werdenden Neuen eine reale Verbindung zwischen den in derselben Generationslagerung befindlichen Individuen stiften.“¹⁸¹⁶

1812 Vgl. Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, S. 141-191.

1813 Mit dem Zeitalter des Bildungsbürgertums (also zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Machtübernahme) endete überhaupt die für den Wilhelminismus so prägende Rolle von Professoren als exzeptionell charismatische Figuren, als „geistige Zentren“ und „Wegweiser für Volk und Politiker“, die ihre Berufung auf traditionelle neuhumanistische Bildungsprivilegien mit einer spezifischen apolitisch-staatstreuen Gesinnung amalgamiert hatten und als Mittler zwischen den Klassenlagern galten. Vgl. Maurer: „... und wir gehören auch dazu“, S. 174-178.

1814 Zumindest liefern die neueren Surveystudien auf diese Frage keine Antworten – ein Grund, sie in Fokusgruppeninterviews zu stellen.

1815 Walter: Zeiten des Umbruchs?, S. 119f.

1816 Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen [1928], in: Ders.: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, Berlin/Neuwied 1964, S. 509-565, hier S. 543 (Herv. i. O.) Zu diesem Generationszusammenhang können verschiedene Teilgruppen, als „Generationseinheiten“ benannt, mit je eigenen Erfahrungsschichten zählen: „Dieselbe Jugend, die an derselben historisch-aktuellen Problematik orientiert ist, lebt in einem ‚Generationszusammenhang‘; diejenigen Gruppen, die innerhalb desselben Generationszusammenhanges in jeweils verschiedener Weise diese Erlebnisse verarbeiten, bilden jeweils verschiedene ‚Generationseinheiten‘ im Rahmen desselben Generationszusammenhanges.“ Ibid., S. 544 (Herv. i. O.)

Nun werden Jugendliche aus sozialwissenschaftlicher Sicht im Allgemeinen als „politische Seismografen“¹⁸¹⁷ gehandelt, und die studierende Jugend im Besonderen. Daher nährt die Vorstellung einzigartiger Generationszusammenhänge immer auch Hoffnungen in die doch noch heraufdämmernde Triebkraft gesellschaftshistorischen Reformgeistes aus den Reihen der (Post-)Adoleszenten, schafft sie doch Raum für das Auftreten eines (heute unabsehbaren) neuen, womöglich studentischen, Generationszusammenhangs mit politisierender Breitenwirkung: „When everything's collapsing, trust the kids!“¹⁸¹⁸ Seinen Ursprung hat diese Denkfigur ironischerweise in den Reihen der Studentenbewegung im frühen 19. Jahrhundert: Urheber waren die agitationsstarken Aktivisten und Mentoren (wie Jahn, Stark, Arndt und Fries) der burschenschaftlichen Bewegung selbst, die sowohl ihrem Selbstverständnis¹⁸¹⁹ als auch ihrer sozialgeschichtlichen Wirklichkeit¹⁸²⁰ nach ja als Protagonisten der ersten deutschen Jugendbewegung angesehen werden können. Sie stilisierten die Lebensphase des Studierens zum Ermöglichungsraum unverfälschter Kreativität und geistiger Entfaltungskräfte, inszenierten ihr Projekt als exzeptionelle und durch das Revolutionszeitalter politisierte „studentische Freiheit“ – und zwar dezidiert

„als Gegenbild zur Enge und Trockenheit des Bürgerlebens. [...] In dieser Bedeutung können und sollen sie [die Merkmale der studentischen Existenzform, J. S.] dann das Entwicklungsferment für die ganze gesellschaftlich-politische Verfassung abgeben, und zwar gerade mit Hilfe der jugendlichen, noch nicht von der Alltagsrealität abgeschliffenen und auf vermeintlich triviale Zwecke umgelenkten Energie.“¹⁸²¹

Sie begriffen sich somit als durch ihren Generationszusammenhang im historischen Moment nominierten Agenten des Fortschritts und als Vorhut künftiger, entsprechend sittlich-politisch zu schulenden Generationen.¹⁸²² Was für diese „fortschrittliche“ studentische Jugend ab 1800, an der das Mannheim'sche Modell mit gebildet ist, aufgrund dieser Selbstzeugnisse durchaus plausibel erscheint, wird von heutigen Jugendforschern allerdings gerne zugleich universalisiert und simplifiziert: „Generationen“ erscheinen hier als zusammengefasste Geburtskohorten, die sich durch bestimmte Einstellungsmuster und Mentalitäten auszeichneten, etwa als „Generation Golf“, „Generation X“ oder „Generation Y“.¹⁸²³ Sicher: Derartige Typisierungsvorschläge bieten Orientierung bei der Interpretation neuer Ergebnisse und der Benennung von Wandlungs-

1817 Hurrelmann, Klaus, und Gudrun Quenzel. *Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung*, Weinheim/Basel 2013, S. 218.

1818 Diese – wahrscheinlich nicht primär politisch gemeinte – Parole gab der deutsche Singer/Songwriter Zeki Min 2014 in Form eines Stickers aus, vgl. Zeki Min: „When everything's collapsing, trust the kids!“, in: zekimin.com, 03.04.2014, online einsehbar unter: <https://zekimin.com/2014/04/03/when-everythings-collapsing-trust-the-kids/> [eingesehen am 01.08.2019] Vgl. auch den anschaulichen Sammelband in Koebner, Thomas/Janz, Rolf-Peter/Trommler, Frank (Hg.): *Mit uns zieht die neue Zeit. Der Mythos Jugend*, Frankfurt a.M. 1985.

1819 Vgl. Hardtwig: *Studentische Mentalität*, S. 604.

1820 Vgl. Jarausch: *Deutsche Studenten*, S. 11.

1821 Hardtwig: *Studentische Mentalität*, S. 602. Vgl. ergänzend *ibid.*, S. 603-606.

1822 Vgl. *ibid.*, S. 605.

1823 Vgl. exemplarisch Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun: *Jugend 2015. Eine neue Generationsgestalt?*, in: *Shell Deutschland Holding (Hg.), Jugend 2015. Eine pragmatische Genera-*

prozessen. Doch neigen sie auch dazu, Beobachtungen zu Generationserscheinungen zu verdichten und verdinglichen, die sich ebenso gut oder besser als gesamtgesellschaftliche Mentalitätswandel interpretieren ließen. Das jedenfalls monieren die Kritiker eines solchen Vorgehens seit der frühen Bundesrepublik. So polterte Erwin Scheuch schon 1975: „Die Jugend gibt es nicht“; sozialwissenschaftliche Studien seien zu häufig von tagesaktuellen „Ängste[n] und Hoffnungen getragen“ als von durchdachten Fragestellungen, ihre Befunde angesichts der Volatilität jugendlicher Stimmungen und Haltungen überdies kaum belastbar.¹⁸²⁴ Protestbereitschaft sei „nach Bildungsgruppen und nach Sozialschichten zu orten“, nicht nach Lebensalter – „Damit wird die Analyse des ‚Jugendprotestes‘ notwendig auch zu einer Untersuchung der ‚Erwachsenenwelt‘“¹⁸²⁵, spricht: zu einer Analyse des gesamtgesellschaftlichen Mentalitätswandels.¹⁸²⁶ Noch weiter ging der Soziologe Martin Schröder 2018: Von einem Unterschied zwischen „strebenden“ und „aufmüpfigen“ Generationen auszugehen, sei schlicht der Fehlschluss eines „Generationenmythos“, Ergebnis der wiederholten Schaffung wissenschaftlicher Artefakte im Namen des *news value*, die nicht einmal qua Zuspitzung und Überpointierung entscheidende gesellschaftliche Entwicklungen erfassen, sondern nur gefällige Schimären produzieren könne.¹⁸²⁷ Schröders empirische Überprüfung der populären Generationstitel jüngerer Geburtskohorten seit 1945 mithilfe des Sozio-ökonomischen Panels ergab jüngst, dass weder die in Literatur und Medien verhandelten Generationen X und Y, noch die Babyboomer, ja nicht einmal die geradezu klassischen „68er“ oder Schelskys skeptische Generation als konturierbare Generationengestalten jemals empirisch existiert haben. Provokanter könnten seine Ergebnisse kaum sein: Schröder „zeigt, dass deutsche Nachkriegskohorten sich kaum in ihren Einstellungen unterscheiden, weder in Bezug auf Lebensziele noch in Bezug auf Sorgen oder gesellschaftliches und politisches Engagement“ – und erklärt dementsprechend die gegenwärtige Praxis insbesondere der Shell-Jugendstudien für überflüssig.¹⁸²⁸ Bereits seit dem Zweiten Weltkrieg gebe es keine Alterskohorten mehr, die sich durch einschneidende und kohortenspezifische Erfahrungsgehalte auszeichneten. Insgesamt gebe es „nur geringfügig[e]“ Unterschiede zwischen den Einstellungsmustern verschiedener Geburtskohorten.¹⁸²⁹ Die wirkliche Ursache der empirisch dicht belegten Einstellungsunter-

tion im Aufbruch. 17. Shell Jugendstudie, Bonn 2016, S. 33-46 sowie Schenke et al.: PEGIDA-Effekte?, S. 17f.

1824 Scheuch, Erwin K.: Die Jugend gibt es nicht. Zur Differenziertheit der Jugend in heutigen Industriegesellschaften, in: O. V.: Jugend in der Gesellschaft. Ein Symposium, München 1975, S. 54-78, hier S. 54.

1825 Ibid., S. 75.

1826 Und für diesen hat Scheuch, entgegen der Vorstellung einer avantgardistisch-postmaterialistischen Jugend (eine Diskussion in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre), eine bestechend simple Formel anzubieten: „Je entwickelter ein Land ist, um so privatistischer sind die Lebensziele und Wertvorstellungen. Es ist charakteristisch für einen hohen Entwicklungsstand, daß hier Werte betont werden, die für eine angenehme Freizeit und für die Planung des Lebens als Privatsache wichtig sind.“ Ibid., S. 65.

1827 Schröder, Martin: Der Generationenmythos, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie H. 2/2018, S. 1-26.

1828 Ibid., S. 1.

1829 Ibid., S. 22.

schiede seien, zumindest seit 1945, *gesamtgesellschaftliche* Mentalitätsveränderungen, die sich auch im Denken und Empfinden von Älteren als Anpassungsprozess im Lebenslauf durchgesetzt hätten, nicht jedoch durch jugendspezifische Erfahrungen gestiftete Generationsdifferenzen.¹⁸³⁰ Die in Jugendstudien gemessenen Einstellungsunterschiede stellten vielmehr ein Abbild *gesamtgesellschaftlicher* Veränderungen dar; jugendspezifische Einstellungsmuster habe es seit 1945 so nicht gegeben. Die beständige Suche nach neuen Generationengestalten befriedige ein Bedürfnis nach der „Konstruktion gesellschaftlicher Mythen“.¹⁸³¹

Natürlich: Das umstrittene Hilfskonzept des Generationszusammenhangs war immer schon komplexitätsreduzierend, ein „so einfaches wie klares Gerüst, in dem die einzelnen Effekte von Geburtskohorte, zeitlicher Prägung und verschiedenen sozialen Einflussfaktoren vereint werden“ können.¹⁸³² Ohne metaphysisch anmutenden Überschuss, ohne das Exponieren einer als besonders repräsentativ angesehenen Teilgruppe geht es nicht. Angesichts der teils gewichtigen Kritik erscheint es allerdings zweifelhaft, in den Jahrzehnten der Bundesrepublik nach „Generationen“ und ihren Mentalitäten zu suchen. Es ist in der Tat fraglich, ob in einer Ära, in denen die Bürger von Demokratien sich in tendenziell auflösbaren Milieuzugehörigkeiten befinden und in ein politisch schwerer repräsentierbares Kaleidoskop von Lebensstilpräferenzen aufsplintern,¹⁸³³ überhaupt noch jene gesellschaftlichen Strukturgesetze vorliegen, die einst den Rückgriff auf den Generationenbegriff *plausibel*, wenn auch nicht zweifelsfrei analytisch treffend, machten.¹⁸³⁴ Es ist sicher richtig, dass seit den späten 1970er Jahren an die Stelle industriegesellschaftlicher „normalen“ Karrierewege nach und nach die lebenslange Quasi-Moratoriumsphase lückenloser Flexibilitätsanforderungen und kontinuierlicher Weiterbildung getreten ist.¹⁸³⁵ Doch ist das gerade keine spezifische Erfahrung einer besonderen, distinguierten Alterskohorte mehr, sondern eine universale. Kurzum: Die frühliberale Burschenschaftsbewegung war wahrscheinlich von einem spezifischen bildungsbürgerlichen Generationszusammenhang getragen, die Bewegung von „1968“ wahrscheinlich nicht. Das hat auch die Rekonstruktion der soziohistorischen Kontextbedingungen dieser Studentenbewegungen gezeigt. Insofern genügt das Konzept der Generation nicht zur Erklärung der Genese von Studentenbewegungen, und auch *studentischer Protest im Allgemeinen ist für das Vorhaben dieser Studie besser als raumzeitlich situiertes Bewegungsphänomen zu fassen denn als Generationsphänomen, auch wenn Protestaktionen bestimmte kollektive Erfahrungsgehalte und persistente Gruppenzugehörigkeiten stiften mögen*. Daher ist es auch nicht notwendig, hier ein Urteil über die Leistungsfähigkeit

1830 „Eine Generation entsteht [...], wenn ein Geburtenjahrgang während seiner besonders prägsamen Jugend- und jungen Erwachsenenjahre von den gleichen gesellschaftlichen Ereignissen beeinflusst wurde und lebenslang beeinflusst bleibt, ohne dass der Rest der Gesellschaft dadurch ebenfalls beeinflusst wurde. Die Zwangsläufigkeit, mit der alle 15 Jahre eine neue Generation ausgerufen wird, widerspricht jedoch diesem Konzept einer ‚Generationslagerung als Potentialität.‘ Denn *danach* kann eine neue Generation periodisch entstehen, sie muss es aber nicht.“ Ibid., S. 3 (Herv. i. O.)

1831 Ibid., S. 24.

1832 Vgl. Bebnowski: *Generation und Geltung*, S. 16.

1833 Vgl. Walter, Franz: *Baustelle Deutschland: Politik ohne Lagerbindung*, Frankfurt a.M. 2008.

1834 Vgl. Bebnowski: *Generation und Geltung*, S. 236 und 238f.

1835 Vgl. *ibid.*, S. 243.

des soziologischen Generationskonzeptes im Allgemeinen zu fällen. Was auch deswegen schwerfällt, weil sich im Für und Wider über dieses Konzept erkennbar politische Einfärbungen geltend machen: Soziologische und politologische Kritiker politisierter Jugendlicher treten besonders gerne als Zweifler und Mythen-Dekonstrukteure auf, während Generationengestalten häufig von jenen kartografiert werden, die Hoffnungen auf eine politisch aktive Jugend hegen. Diese Auseinandersetzung gipfelte in den frühen 1980er Jahren in diametralen Diagnosen über eine zu starke studentische Radikalität einerseits und zu schwache studentische Radikalität andererseits.¹⁸³⁶

Für das Erkenntnisinteresse der Fokusgruppenstudie bedeuten diese Resultate, dass es *durchaus* Sinn ergibt, von einem spezifischen politischen Potenzial von Studierenden auszugehen, auch wenn dieses Potenzial einen dramatischen Charakterwandel (Kontinuität diffusen Protest- und Aktionspotenzials, aber Erlöschen des weltanschaulich und organisatorisch strukturierten Bewegungspotenzials) vollzogen hat – ein Wandel, auf den aktuelle empirische Studien einzugehen haben. Insbesondere sollen im Folgenden zwei entscheidende Schwächen der reichhaltigen jüngeren Studien angegangen werden: Der Fokus des repräsentativ arbeitenden *Studierenden-surveys* auf Frage-Items, die sich an die Konzepte „demokratischer Unterstützung“ nach David Easton, der „politischen Kultur“ nach Gabriel Almond und Sydney Verba, an der am Dahrendorfschen Modell der Konfliktakzeptanz orientierten „Skala über die demokratischen Einstellungen“ nach Rudolf Wildenmann und Max Kaase¹⁸³⁷ anlehnen, leisten keine Analyse der sich mit Begriffen wie „Demokratie“ verbindenden Assoziationen, Affekte, Deutungsmuster und Bilder. So können – teils gravierende – Orientierungsverschiebungen erst erfasst werden, wenn sie sich in abweichenden Zustimmungswerten ausdrücken – und auch dann nur im Korsett vorab festgelegter Antwortoptionen. Hinzu tritt der Verzicht auf eine Analyse grundierender ideologischer Leitlinien, die die konstituierenden und umgreifenden Sinnstrukturen „hinter“ den gemessenen Einstellungswerten ergründen (und auf die Habermas et al. mit dem Konzept der „Gesellschaftsbilder“ 1961 abzielten). Das verblüfft insbesondere angesichts der erklärungsbedürftigen Stagnation des Wandels politischer Einstellungsmuster von Studierenden seit dem letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts sowie angesichts der schon 1998 getätigten „beachtenswerten“ Feststellung, „daß tragfähige und integrierende Konzepte als ‚Ideologie‘ selbst zerfallen sind, sich offenbar für die politischen Akteure wie für das politische Publikum eine weitgehende ‚Unübersichtlichkeit‘ eingestellt hat.“¹⁸³⁸ Handelt es sich tatsächlich, wie angenommen, um eine schlichte Fragmentierung vormaliger weltanschaulicher Kohärenz, um einen Verlust von „Gewissheiten“ auch unter Studierenden – oder schlicht um einen Wandel der grundierenden, Orientierung spendenden studentischen bzw. akademischen Bewusstseinsformen, der als

1836 Im 1. Studierenden-survey wird die Diskussionslage 1984 so skizziert: Es werde „einerseits ein Überwiegen alternativer Grundströmungen in den politischen Zielen vermutet, die die gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Verhältnisse sprengen, andererseits wird daran festgehalten, die Studenten würden nicht in überwiegendem Maße radikale Vorstellungen vertreten.“ 1. Studierenden-survey 1982/83, S. 214.

1837 Vgl. Multrus: Der Studierenden-survey, S. 33f.

1838 Bargel: Wandel des politischen Bewußtseins, S. 14.

solcher zu verstehen und aufzudecken ist?¹⁸³⁹ *Die Frage nach dem politischen Potenzial von Studierenden wird dementsprechend im Folgenden als Suche nach Orientierung stiftenden, rechtfertigend deutenden und potenziell handlungsleitenden politisch-sozialen Deutungsmustern im einleitend bestimmten Sinne*¹⁸⁴⁰ *fortgeführt.* Insbesondere spontanes Protestpotenzial ist, wie gesehen, in hohem Maße von Gelegenheitsstrukturen und besonderen Ereignissen abhängig, über die sich wenig bis nichts prophezeien lässt. Es kann hier daher nur um *Dispositionen* für politisches Handeln gehen, also um Sinnstrukturen politischer Energiequellen (Vorbegriff 1a)-1c)) und politischer Formativkräfte (Vorbegriff 2a)-2c)), die in Richtung empfundener politischer Handlungserfordernisse deuten.

Der für die Diskussionen erforderliche Themenkatalog kann nun aus dem Vollen schöpfen. Als über gut zweihundert Jahre wirksame Determinanten des politischen Potenzials von Studierenden – im weitesten Sinne als Protest- und Aktionspotenzial verstanden – haben sich die stark variierenden, jeweils historisch gültigen akademischen Berufschancen und Statuserwartungen (Vorbegriff 1a), 1c) und 3)) ebenso bestätigt wie die Ausprägung gesellschaftskritischer (was in erster Linie zumeist bedeutet: universitätskritischer) „politisierter“ Mentalitäten (Vorbegriff 1b), 1c), 2a) und 3)) und der Grad studentisch-organisatorischer Vernetzung (Vorbegriff 2b) und 2c)). Auf der Grundlage dieser Determinanten wurde ein Themenkatalog für die Fokusgruppen entworfen, der drei Themenblöcke umfasst und die Diskussionen anleitet.¹⁸⁴¹ *In den Fokusgruppen wurden die folgenden Themenblöcke angesteuert: 1) Karriereplanung, Studienmotivation und Wahrnehmung des Studiums, 2) Gesellschaftliches und politisches Interesse, politisches Engagement und Demokratieverständnis, 3) Vorstellungen idealer gesellschaftlicher Ordnung.* Das hier zugrundeliegende Erkenntnisinteresse soll im Folgenden nebst der auf Basis der oben präsentierten aktuellen Zahlen zu erwartenden Einstellungsmuster kurz umrissen werden. Sollten sich die jeweiligen Muster bestätigen, lautet die vordringliche Frage, auf welche tieferliegenden politisch-sozialen Deutungsmuster Studierende heute zurückgreifen, um ihre zum Teil disparaten Orientierungen in der diskursiven Interaktion mit Sinn zu füllen und zu verknüpfen – und wie sie Begriffe wie Leistung, Bildung, Studium bzw. Politik, Demokratie und Gesellschaft dabei konkret verstehen. Dabei lässt das qualitative Vorgehen Raum für völlig neue, auch konterkarierende Ergebnisse: Denn wie sich ebenfalls gezeigt hat, können Momentaufnahmen politischer Orientierungen ihre Gültigkeit in kurzen Zeiträumen verlieren. Dass das politische Denken und Empfinden der Studierenden im Längsschnitt so außerordentlich volatil erscheint, ist dabei

1839 Spätestens seit den 1990er Jahren jedenfalls fehlt es, wie gesehen, an sozialwissenschaftlichen Studien, die sich diesem Rätsel widmen. Obwohl nach wie vor als gesellschaftliche Schlüsselgruppe gehandelt, finden sich keine umfassenderen Studien, die einer spezifischen Fragestellung unter Rückgriff auf die verschiedenen verfügbaren Daten und Zahlen nachgehen. Die letzten Versuche dieser Art wurden 1982 und 1996 unternommen, vgl. Glotz/Malanowski: Student heute und Demirović/Paul: Demokratisches Selbstverständnis. Von der Studierendenschaft scheint nach dem Ende ihrer relativen soziodemographischen Homogenität bzw. ihrer schichtmäßigen Ausdifferenzierung nach allgemeiner Auffassung kein spezifischer Impuls mehr auszugehen, der sich nicht in Fragen generationeller Stimmungs-Seismographie erschöpft; daher tragen die vorhandenen Studien Züge des „Monitoring“.

1840 Vgl. Kapitel I.5 dieser Studie.

1841 Zur Praxis der Fokusgruppenmoderation vgl. die Ausführungen in Kapitel I.5 sowie den Bericht zur Erhebung in Kapitel III.1 dieser Studie. Der Themenkatalog findet sich überdies im Anhang.

nicht nur der Entwicklungsdynamik von Bildungsexpansion und steigenden Studierendenzahlen, die die einstige relative Homogenität studentischer Mentalitäten und Lebensformen aufgelöst hat, zuzurechnen, sondern auch dem basalen Faktum der für Universitäten grundsätzlich kennzeichnenden Fluktuation der Studierendenschaft als in Qualifikationsphasen befindlichen jungen Erwachsenen.¹⁸⁴²

II.4.1 Karriereplanung, Studienmotivation und Wahrnehmung des Studiums

Erkenntnisinteresse des Themenblocks: Wesentliches Movens des Studiums war es im Zeitalter des Bildungsbürgertums, die eigene, ständisch-traditional durchwirkte Klassenzugehörigkeit insofern zu bekräftigen, als sie ein Nachrücken in attraktive, nicht selten (gesellschaftliche Führungs-)Positionen ermöglichte, vor allem im Rahmen des Staatsbeamtentums. Nach dem Ende der klassischen bürgerlichen Gesellschaft wich diese Funktion der akademischen Professionalisierung einer vergleichsweise breiten Liberalisierung dieser Karrierewege und einer Horizontalisierung von Bildungszertifikaten zum Qualifikationsnachweis von höheren Erwerbspositionen auch in der freien Wirtschaft. Wer heute studiert, kann auch in Zeiten des rasanten Bildungswachstums auf gute Berufschancen hoffen. Dabei scheint sich die Mehrheit der Studierenden zwar stärker an finanzieller Sekurität und einer den eigenen Präferenzen entsprechenden Tätigkeit zu orientieren als an Spitzeneinkünften. Dennoch: Ob bewusst-reflektiert oder implizit-intuitiv, heutige Studierende erwarten materielle Sicherheit nach dem Studium, nicht wenige von ihnen bringen sich wahrscheinlich immer auch als potenzieller Kadernachwuchs gesellschaftlicher Funktionseliten in Stellung. Zweifellos sind sie relativ privilegiert gegenüber allen anderen Formen beruflicher Ausbildung. Zumindest an den Universitäten reproduziert sich dabei zu einem gewissen Grad ein akademisches Milieu; wessen Eltern studiert haben, wird im Vergleich mit Kindern „bildungsferner“ Schichten wohl auch für den eigenen Lebensweg ein Studium plausibler und folgerichtiger, vielleicht gar für unumgänglich halten.¹⁸⁴³ Zugleich normieren noch immer neuhumanistische Traditionslinien (vorwiegend in geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen) die Vorstellungen von akademischer Bildung; bei

1842 „Studentenschaften sind als ganzes [sic] ein unstrukturiertes, stark individualisiertes soziales Stratum. Es ist dauernden Wandlungen seiner Zusammensetzung unterworfen, ein Sechstel bis ein Achtel pro Jahr und Universität. Kein anderer Wahlkörper in der Gesellschaft weist solche Veränderungen trotz aller sozialer Mobilität auf.“ Wildenmann, Rudolf: Studentische Beteiligung an universitären Wahlen. Stellungnahme, Explorationsstudie, Grundauszählung, in: Studenten '79. Forum des Hochschulverbandes, H. 21/1980, S. 15, zit. nach Jaide/Veen: Bilanz der Jugendforschung, S. 213.

1843 Das zumindest legen die empirischen Resultate der einschlägigen Surveyforschung nahe, siehe 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 7: „Die Verteilung verweist auf deutliche Unterschiede zwischen den Hochschularten. An den Universitäten überwiegt die akademische Herkunft, denn 56 Prozent der Studierenden haben mindestens einen Elternteil mit Studienabschluss (45 Prozent mit Universitäts- und 11 Prozent mit Fachhochschulabschluss [...]) An den Fachhochschulen stammen nur 40 Prozent der Studierenden aus akademischen Elternhäusern. Dafür sind die Bildungsaufsteigerinnen und -aufsteiger, d. h. Studierende mit Eltern ohne Hochschulerfahrung, mit 58 Prozent an Fachhochschulen deutlich häufiger vertreten als an den Universitäten mit 42 Prozent (jeweils 2 Prozent machten keine Angaben zur elterlichen Ausbildung).“

einigen mag der Wunsch, ein Gebildeter zu werden, sogar den dominanten Motivationskomplex ausmachen. Jedenfalls ist von einem grundlegenden Wertekonflikt zwischen Humboldt'schem Bildungsanspruch und individualistisch-meritokratischen Leistungskonzeptionen¹⁸⁴⁴ auszugehen – auch wenn nicht davon ausgegangen werden kann, dass die eher seltenen Studierenden traditionell bildungsbürgerlichen Hintergrunds im Erhebungszeitraum an den Fokusgruppen teilnehmen. Also: Begreifen die Studierenden in den Fokusgruppen das Studium primär als Sprungbrett zu einem attraktiven Karriereweg wahr – oder sind andere Motive (Fachinteresse, „Gesellschaft verbessern“, Zugehörigkeit zu einem bestimmten akademischen Milieu, usw.) ausschlaggebend? Was verstehen sie unter Leistung und Bildung, unter Studieren und studentischem Leben? Spielen Erwartungen ihres Elternhauses, Umfeldes, usw. dabei eine Rolle? Gibt es (noch) ein besonderes Bildungsmoratorium, welches nutzbare Freiräume für intellektuelle Suchbewegungen oder politische Praxis schafft? Nutzenerwartungen und Studiererfahrungen beeinflussen wahrscheinlich die Wahrnehmung der eigenen Wertigkeit in Fragen des intellektuellen Vermögens, aber auch der eigenen Position im gesellschaftlichen Zusammenhang, mithin die Gesellschaftskonzeptionen und Ordnungs- bzw. Stabilitätsvorstellungen von Studierenden. Sie geben – insbesondere vor dem Hintergrund des in den 1970er und 1980er Jahren nachgewiesenen Zusammenhangs von Gesellschaftskritik, linker Selbstpositionierung und perzipierten Berufsaussichten – auch Aufschluss über mögliches politisches Frustrationspotenzial in Situationen eingetrübter akademischer Berufschancen. Aktionsorientierte politische Energien von Studierenden, die über hochschulpolitische Belange hinausgriffen, fassten schließlich auch historisch gesehen dort Fuß, wo Phasen blockierter Karrieren und akademischer Arbeitslosigkeit herrschten oder eine wirtschaftliche und soziale Aufschwungbewegung kollektive Ansprüche und Aspirationen weckte und sich die Aufstiegskanäle akademischer Bildung öffneten, kurz: als Modernisierungsdruck herrschte.¹⁸⁴⁵ Rapide steigende Studierendenzahlen bilden hierbei zwar nicht den alleinigen Auslöser, aber doch eine elementare Zutat der Ursuppe studentischen Protests. Aus diesem Grund sind hier strukturbildende Faktoren politisch-sozialer

1844 Bildungs- und Leistungsbegriff waren historisch einst als Einheit bildungsbürgerlicher Berufsmaximen konzipiert, sind seit Kaiserreichszeiten aber in Konflikt geraten. Das gibt dem durch wirtschaftlichen Fortschritt und Bildungsexpansion entbundenen traditionellen Bildungsbegriff seine ständisch-vormoderne Aura, während die Leistungsidee als modern, pragmatisch und unverzerrt erscheint.

1845 Pointiert: In den 1830er/40er und 1960er/70er Jahren griff diese Dynamik nach einer etwa 20- bis 30-jährigen Friedens- und Wachstumsperiode. Perioden persistenter Stagnation hingegen zeigten eher ein Abdichten akademisch professionalisierter Karrieren gegen nachrückende Aufsteiger, ferner apathische bzw. aggressive Frustration. Natürlich genügt ein solches simplifizierendes Schema nicht als ursächliche Erklärung von Studentenbewegungen: In den frühen 1980er Jahren, der letzten „Überfüllungskrise“ der Universitäten und Akademikerkarrieren mit u. a. vielen arbeitslosen Jungingenieuren, reagierten die Studierenden mit politisch empörter Apathie, nicht aber mit Militarisierung und Selbst-Faschisierung wie in Weimar. Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, Konfliktkonstellationen und Gelegenheitsfenster, auch das ist klargeworden, waren hier stets von konstitutiver Bedeutung.

Deutungsmuster zu vermuten.¹⁸⁴⁶

Erwartete Einstellungsmuster:

- Im Falle der alltagsweltlichen Werthaltungen sind ein starker Egozentrismus und eine überwiegende Orientierung am privaten Nahraum (Familie, Freunde, Bekannte etc.) zu erwarten, verbunden mit einer mehrheitlich affektiven Distanzierung von der öffentlichen bzw. politischen Sphäre, wo diese als Bereich von Konflikten und Auseinandersetzungen erscheint.
- Zugleich werden traditionalistische Werthaltungen (Religion, Nation, traditionelle Familie und Sexualmoral, etc.) soweit abgetragen sein, dass sie höchstens sporadisch, als Teil selektiver und eklektizistischer Wertbezüge, eine Rolle spielen.
- Der Wunsch nach finanzieller Sekurität wird wahrscheinlich höher rangieren als die Aussicht auf ein besonders hohes Einkommen und überdies von der Absicht getragen sein, Erwerbsleben und Freiräume der „Selbstentfaltung“ miteinander zu harmonisieren.
- Hinsichtlich des Verständnisses von Studium und (Berufsaus-)Bildung ist ein starker bildungshumanistischer Einschlag zu vermuten, der sich aber nicht mehr zu einem strukturierten und strukturierenden Deutungssystem, zu einem „Gesellschaftsbild“ organisiert. Wahrscheinlich alternieren bzw. konkurrieren Vorstellungen und Konzepte einer persönlichkeitsbildenden und Freiräume erfordernden „wahren“ Bildung, verbunden mit Urteilen zu kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Ermöglichungs- und Verhinderungsbedingungen gesellschaftlichen Entfaltungsfreiraums, mit stärker meritokratischen und leistungsindividualistischen Ordnungsmodellen, die das Hochschulzeugnis vornehmlich als berufsbefähigenden Beleg bewiesener Leistungsbereitschaft auffassen. Es ist dabei durchaus möglich, dass dieselben Personen Elemente beider Stränge verbinden; die vom Studierenden survey ausgewerteten Daten jedenfalls suggerieren eine historisch resistente Parallelität beider Traditionslinien: „Stets standen Aspekte autonomer Leistungsorientierungen im Vordergrund, gefolgt von Aspekten einer sozial-idealistischen Werthaltung. Vergleichsweise unwichtig waren Werte wie Karrierestreben, hohes Einkommen und Anstrengungsvermeidung.“¹⁸⁴⁷

II.4.2 Gesellschaftliches und politisches Interesse, politisches Engagement und Demokratieverständnis

Erkenntnisinteresse des Themenblocks: Naheliegender Weise sollen Gesprächsdynamiken zu politischen Themen evoziert werden, die die Rekonstruktion politisch-sozialer Deutungsmuster zulassen: Welche politischen Themen beschäftigen die Studentinnen und

1846 Man könnte es auch so formulieren: Die sich historisch wandelnden Bildungs- und Erwerbschancen berühren sowohl den objektiven (Berufseinmündung, Erwerbsniveau, Arbeitsmarktsituation, etc.) als auch den subjektiven (Erwartungen, Ansprüche, Hoffnungen) Stellenwert des Studiums in der Gesellschaft.

1847 Vgl. 1. Studierenden survey 1982/83, S. 188.

Studenten? Inwiefern sind sie politisch interessiert oder desinteressiert? Findet sich bei ihnen dieselbe Mixtur aus Interesse und praktischer Abstinenz bei Annahme der selbstständigen Funktionsfähigkeit gesellschaftlicher Strukturen (in einer Studie, an der der Autor beteiligt war, als „politische Unberührtheit“ verstanden), die im Falle von Fokusgruppen mit Jugendlichen allgemein zum Vorschein kommen?¹⁸⁴⁸ Lassen sich bei qualitativer Tiefenanalyse Grundlinien hegemonialer Deutungsmuster oder im Gegenteil politkultureller Grundkonflikte nachzeichnen, gar Residuen einer alten oder Ansätze einer neuen politischen Polarisierung? Werden mehr hochschulpolitische oder mehr allgemein gesellschaftspolitische Ziele visiert? Worin sehen sie die größten gesellschaftlichen Probleme, wie modellieren sie entsprechende Lösungsansätze? Welches Verhältnis nehmen sie zu Institutionen und Eliten ein?

Die Frage nach politischem oder zivilgesellschaftlichem Engagement zählt geradezu zum Standardwerkzeug politikwissenschaftlicher Studien. Hier aber ist stets das Wissen um die reichhaltige Geschichte des besonderen studentischen Aktivismus als Kontrastfolie mitzudenken. Studentischer politischer Aktivismus (ob partei- oder bewegungsförmig geartet) hatte historisch betrachtet Organisationskompetenzen bzw. organisatorisches Erfahrungswissen zumindest eines gut vernetzten Nukleus von studentischen Personen- oder Gruppennetzwerken zur notwendigen Bedingung. Eine hochschulpolitisch aktive Studierendenschaft bildete stets auch gleichsam die erste Mobilisierungsschwelle auf dem Weg zu einer allgemeinpolitisch intervenierenden Studentenbewegung: Der organisierte Aktivismus im Namen gesellschaftspolitischer Ziele folgte historisch gesehen stets auf die Wahrnehmung bildungs- und hochschulpolitischer Missstände und damit zusammenhängender innerakademischer Auseinandersetzungen um eine Reform der Hochschule. Voraussetzung war stets das Selbstverständnis und Selbstbewusstsein eines signifikanten Teils der Studierendenschaft als politisches Subjekt mit spezifischen Interessen – und einem reformavantgardistischen Sendungsbewusstsein.¹⁸⁴⁹ Im Zeitalter des Jungbildungsbürgertums mit seinem weitgefächerten Verbindungswesen (Korporationen und Landsmannschaften, studentische Orden, Burschenschaften, Wildenschaften, protestantische und katholischen Verbindungen, später studentische Selbsthilfe- und Selbstverwaltungsorganisationen und parteigebundene Hochschulgruppen, etc.) war noch die Mehrheit der Studenten in irgendeiner Form (wenn auch nicht immer mit politischem Anspruch) organisiert. Sie übersetzte ab der Mitte des 18. Jahrhunderts den bürgerlichen Impuls der Gestaltung des öffentlichen Lebens – den fortschrittsoptimistischen Anspruch, eine selbstorganisierte „bürgerliche Gesellschaft“ mündiger und aufgeklärter, d. h. verlässlicher, leistungsorientierter und bescheidener, Individuen auf

1848 Vgl. Schenke et al.: PEGIDA-Effekte?, S. 186–192, siehe insbesondere S. 208: „Die Befragten scheinen in einem nicht-politisierten Kontext und Umfeld aufzuwachsen, ihnen werden kaum andere Beziehungen zu und Auffassungen von Politik vermittelt. Auch insofern ist die Annahme der Politikverdrossenheit der jungen Menschen unzutreffend, da es nicht um Frustration, sondern um Unberührtheit durch Politik geht.

1849 Das gilt auch für die stärker urban und intellektualistisch orientierten Strömungen aus dem Umfeld der Freistudenten. Ähnlich wie im Falle von Urburschenschaft und Progressbewegung handelte es sich um moralische und kulturelle Reformimpulse, die fließend in politische Zielsetzungen übergehen konnten.

der Grundlage eines dicht vernetzten Assoziationswesens einzurichten¹⁸⁵⁰ – als erste gesellschaftliche Gruppe zunächst in eine Selbstdisziplinierungs- und Gesittungsbewegung, dann bald in eine politische-revolutionäre Bewegung. Damit förderten die Studenten die Ausbreitung moderner politischer Interessen- und Parteiorganisation auch in die Reihen der politischen Rechten hinein.¹⁸⁵¹ Lange Zeit hindurch waren Verbindungen ein so konstitutives Element studentischen Lebens und studentischer Kollektivität gewesen, dass „Bursche“ im 19. Jahrhundert synonym für „Student“ stehen konnte.¹⁸⁵² Das oft nostalgisch verklärte Studentenleben um die spezifisch deutsche „Burschenfreiheit“¹⁸⁵³ war stets auch eine jugendliche Subkultur, wenn nicht gar Archetypus jeder weiteren, die reformorientierte Burschenschaftsbewegung darüber hinaus¹⁸⁵⁴ die „erste moderne Jugendbewegung der deutschen Geschichte“.¹⁸⁵⁵ Aber die besondere studentische Kollektivität war immer auch Index des Verständnisses

-
- 1850 Organisatorisches Erfahrungswissen jenseits staatlicher Strukturen ist ohne diesen heute „zivilgesellschaftlich“ genannten Ursprung nicht zu denken. Vgl. Nipperdey, Thomas: Verein als soziale Struktur, S. 30: „Die Vereine beanspruchten zunächst einen Raum privater Aktivität, der über den häuslichen und den ökonomischen Bereich des einzelnen hinausging und der vom Staat freigelassen, ihm gegenüber autonom sein sollte. Die liberale Forderung nach einer von staatlicher Bevormundung und korporativen Regelungen emanzipierten Freiheitssphäre des Individuums galt auch für den Zusammenschluß der Individuen und ihren gemeinsam organisierten Freiheitsraum. Dieser Freiheitsraum wurde bei den Vereinsgründungen des 18. Jahrhunderts gemeinhin als unpolitisch verstanden. Formal schlossen die Vereine Politik aus ihren Aktivitäten aus. Faktisch gewinnen die Vereine jedoch vielfach politische Bedeutung. Wenn die in ihnen zu einer Art kollektiver Privatheit zusammentretenden Personen diskutieren, werden sie zu einem Faktor der öffentlichen Meinung, und damit mindestens zu einer Quasi-Öffentlichkeit. Sie bestreiten das Interpretationsmonopol von Staat und Kirche, indem sie bisher nicht fragwürdige Dinge zur Frage stellen.“ Vgl. ferner Lundgreen, Peter: Einführung, in: Ders. (Hg.): Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997), Göttingen 2000, S. 13-39, hier S. 37.
- 1851 „Die Gesellschaften der 80er Jahre des 18. Jahrhunderts, zumal die Lesegesellschaften, spielten [...] durch Diskussion, Propagierung von Grundsätzen und Anteilnahme an öffentlichen Dingen ganz sicher eine wichtige politische Rolle. Sie können als Vorformen der Parteibildung gelten. Selbst die antirevolutionären, später konservativen Kräfte wählten die Form der Assoziation, um sich politisch zu organisieren.“ Nipperdey: Verein als soziale Struktur, S. 35.
- 1852 Vgl. Jarausch: Deutsche Studenten, S. 35. Die verschiedenen Verbindungsarten spiegelten dabei aber durchaus auch politische Konfliktlinien, denen der Anspruch des jeweiligen Gegners auf allgemeine Vertretung widerstrebte, was die organisatorische Sammlung erschwerte.
- 1853 Dieses besondere System aus Gewohnheitsrechten enthielt, wenn auch zunehmend durch innerstudentische Reformimpulse in Zweifel gezogen, die besondere studentische Gerichtsbarkeit ebenso wie die Verhaltens- und Ehrenkodizes, die studentische Sitten wie das Duell, das ritualisierte Trinken und die Sexualmoral reglementierten, vgl. Jarausch: Deutsche Studenten, S. 243 und Schulze/Ssymank: Das deutsche Studententum, S. 181-185 und 274-299. Nostalgisch verklärt ist die „Burschenfreiheit“ deswegen, weil das banale Faktum, dass diese zumindest in korporatistischen und landsmannschaftlichen Kreisen zumeist auf „eine alle Gesetze verachtende rohe Willkür“ hinauslief – so Schulze/Ssymank: Das deutsche Studententum, S. 183 – selten Erwähnung findet.
- 1854 Hardtwig datiert den Ursprung der Burschenschaft als studentischer Reformbewegung auf den Zeitraum zwischen 1790 und 1819, d. h. zwischen dem Schlüsseljahr einer etablierten meritokratischen Beamtenelite und der beginnenden Übersetzung des antinapoleonischen Kriegsfurors in nationalrevolutionäre Energien im gebildeten Bürgertum, vgl. Hardtwig: Krise der Universität.
- 1855 Vgl. Jarausch: Deutsche Studenten, S. 35.

von Universität als Ort politischer Willensbildung nicht nur in Bewegungsphasen. Sie wirkte vielmehr kollektivierend, disziplinierend, und bis zu einem gewissen Grad auch koordinierend auf das politische Verhalten von Studierenden insgesamt ein. Hier schlägt der historische Verlust des studentischen „Sozialcharakters“, also der sozialen Homogenität und der gemeinschaftsstiftenden Attribute und Rituale, in kaum zu ermessener Stärke durch: Die „sozial durch die Gemeinschaft der Klassenzugehörigkeit und [durch] die hohe Integrationskraft der klassenspezifischen Insignien und Rituale geprägten Korporationen“ bedeuteten

„ein hohes Maß an prästablierter Integration. Die Universität als Großorganisation mit funktioneller Struktur hat keine primären sozialen Selektionen; Schichtzugehörigkeit ist zwar nach wie vor ein (indirektes) Selektionskriterium des Zugangs, aber die Universität hat selbst, wenn überhaupt, nur noch geringe Reste sozialer Zuordnungs- und Abgrenzungsmodi.“¹⁸⁵⁶

Bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft galt die Organisationskraft der Studierenden, der „nichtberufstätige[n] ältere[n] Jugend“, als entscheidendes Kennzeichen dieser sozialen Gruppe: In „all ihren organisierten Erscheinungsweisen vom Korporationsstudententum bis zur jugendbewegten Akademischen Freischar“, so Schelsky 1957 im Rückblick auf die zurückliegenden Jahrzehnte, hätten die Studierenden die Vorstellung jugendlicher Autonomie „am deutlichsten“, nämlich als soziale, subkulturelle und in weiten Teilen auch politische Einheit, genährt von einem autonomiebegründenden spezifischen Standesbewusstsein, verkörpert.¹⁸⁵⁷ Mitte der 1950er Jahre hingegen zeigten sich die Studierenden den traditionellen studentischen Gemeinschaft- und Gesellschaftsformen mehrheitlich abgeneigt; die homogenisierende und sinnstiftende Kraft sowohl ihres korporatistischen als auch ihres jugendbewegten Erbes war schon hier erloschen. Weder „sozial autonom“ noch „sozial elitär“, jedenfalls jedes Standesbewusstseins und jeder „irgendwie bemerkenswerte[n] Eigenständigkeit gegenüber den anderen gleichaltrigen Jugendlichen“ bar erschien dieser neue, nach wissenschaftlich qualifizierten Funktionen strebende Typus des Studierenden.¹⁸⁵⁸ Das kurze Wiederaufleben der nun vollends diskreditierten Korporationen etwa blieb ein restaurativ-retardierender Akt, von studentischer Seite eher durch die Suche nach „banaler Geselligkeit“ als nach einem standesgemäßen Ethos bestimmt, d. h. ohne die studentische Mentalität noch einmal zu imprägnieren, ohne sie sozialmoralisch zu formen, mithin letztlich ein Strohfeuer.¹⁸⁵⁹ Schließlich: Mit der gegenwärtigen tendenziellen Universalisierung des Studiums als beliebtestem nachschulischem Qualifikationsweg (zur Erinnerung: eine Mehrheit von bereits 56 Prozent der jeweiligen Geburtskohorte nimmt aktuell ein Studium auf¹⁸⁶⁰) geht die Nivellierung aller spezifischen Differenzen einher, welche die Studierendenschaft als soziale Gruppe einmal konstituiert hatten. In den vergangenen Jahrzehnten ist zudem die langfristige organisatorische Bindung an die vormaligen

1856 Schüle:in: Veränderungen der Studentenrolle?, S. 145.

1857 Vgl. Schelsky: Die skeptische Generation, S. 315.

1858 Vgl. *ibid.*, S. 330.

1859 Vgl. *ibid.*, S. 328.

1860 Daten entnommen aus Wolter: Eigendynamik und Irreversibilität der Hochschulexpansion, S. 25, sowie Statistisches Bundesamt: Schnellmeldungsergebnisse Wintersemester 2017/18, S. 11.

industriegesellschaftlichen Großorganisationen (Parteien, Jugendorganisationen, Kirchen, Vereine, etc.) auch gesamtgesellschaftlich erheblich zurückgegangen, und die vielen, ihrer historischen Genese nach überkreuz liegenden studentischen Gesellungs- und Organisationsformen (studentische Selbstverwaltung und Studentenwerke¹⁸⁶¹, Hochschulpolitik, Politgruppen, Lesezirkel, Verbindungen und Burschenschaften, Verbandswesen) locken nur noch einen kleinen Anteil¹⁸⁶² der Immatrikulierten. Zudem: Das Studieren ist etwa seit den 1960er/70er Jahren – auch bedingt durch die Verschulung der Curricula – im Grunde ohne nennenswerte Adaption eines spezifisch studentischen Lebensstils möglich. Diese Entwicklung lässt das studentische politische Verhalten (von Apathie über die Sammlung in flexiblen und labilen Bündnissen bis hin zum spontanen Tumultismus) heute unberechenbar¹⁸⁶³ erscheinen. Insbesondere studentischer Protest kann plötzlich auftreten und unvorhersehbare Wendungen nehmen:

„Es ist durchaus zutreffend, dass Studierende aufgrund ihrer sozialen Situation leicht für Proteste zu gewinnen und zu Demonstrationen zu bewegen sind. Studierende können dazu ganz verschiedene Anlässe wählen und auch aggressive Formen anwenden, bis hin zu Nötigungen und Beschädigungen. In ihren Parolen und Pamphleten zeigen sie dann öfters einen Hang zu Ironie, Satire, Parodie (bis hin zu Zynismus). [...] Ob es sich allerdings um mehr als ein ‚Strohfeuer‘ des Protestes handelt, das hängt einerseits von den Reaktionen der Instanzen an den Hochschulen und in der Politik ab, andererseits vom Umstand, ob sich daraus ein auf Konzepten und Prinzipien gegründete Bewegung bildet. Breitere und schärfere Formen, auch in langfristiger Weise, erhält der Protest mit höherer Aggressivität erst dann, wenn eine ‚System – und Machtfrage‘ damit gestellt wird. Eine solche ‚Protestwelle‘ größeren Ausmaßes ist für den nächsten Zeitraum nicht absehbar.“¹⁸⁶⁴

Über mögliche Anlässe für einen solchen Unmut lieferte die Längsschnittbetrachtung reichhaltige Aufklärung: Sie reichen von einer möglichen Überfüllungskrise akademischer Berufe und daraus resultierender Zukunftsskepsis über als unzumutbar empfundene Studienbedingungen bis hin zu tagespolitischen Entwicklungen wie Geset-

1861 Bei ihnen handelte es sich um eine Mixtur aus studentischer Selbsthilfe und staatlich finanzierter Fürsorge, vgl. Kater: Studentenschaft und Rechtsradikalismus, S. 43–56.

1862 In absoluten Zahlen gemessen bildeten die überdurchschnittlich engagierten Studierenden zu allen Zeiten eine Minderheit. Zwischen 1962 und 1966 etwa zählte auch der SDS, damals auf dem Höhepunkt seiner Organisations- und Attraktionskraft, nur ca. 500 bis 700 *aktive* Mitglieder, vgl. Bock: Geschichte des ‚linken Radikalismus‘, S. 194. Das historische Novum seit den 1970er Jahren besteht vielmehr im *relativen* Bedeutungsverlust dieser Strukturen, d. h. in der immer drastischer sinkenden Beteiligungsquote der Studierenden an (hochschul-)politischem Engagement und subkultureller Einbindung. Insbesondere das Korporationswesen aber vermochte sich nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr zu regenerieren: Nach 1945 gehörten ihm niemals mehr als 5 Prozent der Studierenden an, vgl. Jarausch: Deutsche Studenten, S. 243.

1863 Damit soll keine vormalige umfängliche „Berechenbarkeit“ suggeriert, geschweige denn behauptet werden, es habe jemals so etwas wie eine vollends einheitliche Sozialfigur des Studenten oder ein vollends einheitliches politisches Verhalten von Studierenden gegeben. Vgl. Jarausch: Deutsche Studenten, S. 247–250.

1864 Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 43 und 45.

zesentwürfen, öffentlichen Skandalen und parteipolitischen Richtungsdebatten.¹⁸⁶⁵ Allein, diese Organisations- und Kollektivitätsdiffusion hat sich bisher keineswegs in jeder Hinsicht durchgesetzt. Dagegen spricht nicht nur die Kontinuität der genannten Assoziationsformen und durchaus vorhandener Formen eines subkulturell bestimmten „Studentenlebens“,¹⁸⁶⁶ auch die bis heute konservierten Traditionen studentischen Elite- und Standesbewusstseins mit Blick auf die Bereitschaft zu hochschulpolitischem Engagement nötigen dazu: (Hochschul-)Politischen Handlungsdruck scheinen insbesondere jene zu empfinden, die sich mit ihrem Studium bzw. mit ihrer Rolle als Studierender am stärksten identifizieren.¹⁸⁶⁷ Unbestreitbar aber hat sich die politische Aktivitätsbereitschaft von Studierenden in großem Maße individualisiert, partikularisiert, sublimiert. Insbesondere Hochschulpolitik wirkt auf die heutigen offenbar harmoniebedürftigen Studierenden wie eine Arena überfordernder Konfliktivität; an den Berliner Universitäten übersteigt die studentische Beteiligung an den Gremienwahlen selten mehr als zehn Prozent.¹⁸⁶⁸ Zudem: Der historische Längsschnitt demonstrierte nicht nur die Diffusion studentischen Verbandswesens und studentischer Subkultur. Er zeigte ebenso deutlich, dass Organisationskompetenz und Aktionsstärke keineswegs *eo ipso* liberale, demokratische oder auch nur oppositionelle Potenziale hervorbringen müssen, sondern insbesondere zwischen 1871 und 1945 ebenso gut und ebenso folgenreich die konformistische Sammlung antiliberaler, antisemitischer und völkischer Kräfte befeuern konnten, die eine so verhängnisvolle Rolle spielen sollten. Die voreilige Assoziation studentischen Rebellentums mit wünschenswerten, d. h. emanzipativen und pluralistischen Reformimpulsen ist jedenfalls ein Kurzschluss, der sich an der vielschichtigen historischen Realität bricht.

Im Folgenden interessieren nun diese Fragen: Wird ein politischer Handlungsdruck unter Studierenden generell empfunden – und falls ja, wie rechtfertigt man praktisch-politische Apathie? Welche Motivationsquellen für die politische Berätigung gibt es bzw.: Entlang welcher Ziele und Konfliktlinien, auf der Grundlage welcher Ideale, Werthaltungen oder Kritikansätze entzündet sich der politische Handlungswunsch?¹⁸⁶⁹ Wie

1865 „Das Protestpotential, auch in aggressiver Weise, ist unter den Studierenden groß genug, so dass es jederzeit aufflammen kann. Solche härteren Protestformen können bei partiellen Interessenskonflikten (z.B. Thema Studiengebühren, Einsparungen im Hochschulbereich, Stipendienfragen) ebenfalls angewandt werden, nicht nur bei grundsätzlichen politischen Richtungsdebatten (etwa zur Bildungs-, Sicherheits- oder zur Außenpolitik).“ Ibid., S. 45.

1866 Gerade in Städten mit Volluniversität ist die studentische Prägung des öffentlichen Lebens unübersehbar. Es existieren weiterhin aktive Organisationen und intakte universitäre Gremienstrukturen wie Hochschulgruppen, Studierendenparlamente, Fachschaftskonferenzen bzw. Fachschaftsräte, Studierendenausschüsse (meist AStA), bisweilen auch Vollversammlungen, ferner Studentenwerke, Burschenschaften und Verbindungen, studentisch geprägte Cafés und Kneipen, Politgruppen und Lesezirkel.

1867 Vgl. 11. Studierenden survey 2009/10, S. 75.

1868 Vgl. Burchard, Amory: Warum Studierende keine Lust auf Unipolitik haben, in: Der Tagesspiegel, 20.05.2015, online einsehbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/mitbestimmung-an-hochschulen-warum-studierende-keine-lust-auf-unipolitik-haben/11803996.html> [eingesehen am 01.08.2019]

1869 „Politisches Interesse, Partizipation und Engagement auf der einen Seite, politische Richtungen und Positionen auf der anderen Seite bilden gleichsam die Grundkoordinaten politischer Hand-

beurteilen Studierende generell ihre gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten? Was bedeuten politische Praxis und Engagement für sie? Insbesondere: Bleibt geäußerte Gesellschaftskritik eine intellektuelle Betätigung oder fließt aus ihr der Wunsch nach politischem Einfluss? Wie unterscheiden sich die Sichtweisen und Deutungsmuster zwischen zivilgesellschaftlich organisierten und nichtorganisierten Studierenden? Gibt es noch den Wunsch, die Studierendenschaft zu einer politisier- und mobilisierbaren Gruppe zusammenzuschmieden? Lässt das Studieren in Zeiten fortgesetzter Bildungs-expansionsdynamiken vielleicht auch neue Räume für Gruppenbildungsprozesse entstehen?

Schließlich: Welches Verständnis von Demokratie, demokratischen Prozessen, politischer Willensbildung und politischer Partizipation haben sie? Welche Ansprüche richten Studierende an eine funktionierende Demokratie, und wo sehen sie Funktionsdefizite? Die Art und Weise, wie Demokratie, demokratische Beteiligungsmöglichkeiten und demokratische Institutionen beurteilt werden, ist schließlich als integraler Bestandteil eines politischen Potenzials der Studierendenschaft anzusehen. Denn: Weder die nationalliberalen und sozialistischen Oppositionsbewegungen noch die konservativen Strömungen der Studierendenschaft hätten ohne plastische, kollektiv geteilte Überzeugung von der einen, der richtigen – sei es herbeizuführenden, sei es zu bewahrenden – Gesellschaftsform politisch reüssieren können. Allerdings ist im bisherigen Verlauf der Studie auch klargeworden: Das politische Interesse von Studierenden nährt sich mehrheitlich nicht mehr aus einem irgendwie gearteten „Klasseninteresse“ oder „Bildungshorizont“ von akademisch gebildeten Schichten. Lebenswelten, Alltagserfahrungen, familiäre Sozialisation, Mediennutzungsverhalten, kurz: Quellen politischer Überzeugungen haben sich den Verhältnissen der Mehrheitsgesellschaft – der entscheidenden Rolle des Elternstudiums für die eigene Studienaufnahme zum Trotz – wahrscheinlich weitgehend angeglichen; es ist also jenseits der methodisch bedingten Verzerrung¹⁸⁷⁰ in den Fokusgruppen grundsätzlich ein großes Spektrum von Meinungen, Einstellungen und Ordnungsvorstellungen zu erwarten.¹⁸⁷¹ Ebenso eine überwiegende Zustimmung zum politischen System der Demokratie bzw. zum bundesrepublikanischen Verfassungsstaat; interessanter wird daher sein, danach zu fragen, was Studierende heute angesichts der Vieldeutigkeit und Umkämpftheit von Begriffen wie „Demokratie“ konkret verstehen.

Erwartete Einstellungsmuster:

lungspotentiale: die der politischen Intensität und Energie einerseits, die des politischen Standortes und der Zugehörigkeit andererseits.“ Bargel: Wandel des politischen Bewußtseins, S. 2.

1870 Gemeint ist damit der klassische Bias der empirischen Sozialforschung, nämlich dass sich in erster Linie kommunikationsstärkere bzw. engagiertere Personen zur Teilnahme an Umfragen, Interviews und Gruppengesprächen bereit erklären.

1871 Eine naheliegende Ausnahme sozialmoralisch festgefügtter Orientierungen könnten allerdings die heute verbliebenen bildungsbürgerlichen Milieus bzw. Subkulturen mit ihrem vergleichsweise hohen Grad an beruflicher Vererbung, v. a. in den Studienfächern Medizin und Jura, bilden. Ob Studierende aus diesem Milieu allerdings an der Teilnahme an Fokusgruppens Diskussionen interessiert sind, ist fraglich.

- Die Ergebnisse der einschlägigen empirischen Studien legen ein gesunkenes politisches Informationsniveau und geringe Positionierungsfreude nahe. Zudem ist insbesondere ein traditionell verschwindend geringes Interesse an Hochschulpolitik zu erwarten.
- Ein prinzipieller und verbal bekundeter Kosmopolitismus wird zu beobachten sein, der aber zugleich stark von Ordnungs-, Stabilitäts-, und Sicherheitssehnsüchten durchsetzt ist. Eventuell werden sich insbesondere in diesem Zusammenhang Widersprüchlichkeiten häufen.
- In politischer Hinsicht ist einerseits eine stark empfundene und zur Mitteilung drängende politische Verantwortungsempfindung zu erwarten, ferner ein offensiv bekundetes Interesse an politischen Vorgängen und eine verbreitete Kritik an der mangelnden Verwirklichung gesellschaftlicher Prinzipien wie Chancengleichheit und Wohlstandsgerechtigkeit. Zugleich aber erscheint auch der verbreitete Verzicht auf praktisch-politische Betätigung in (Hochschul-)Parlamenten, Initiativen oder politischen Zirkeln als wahrscheinlich, ferner eine weitgehend fehlende Partei- und Organisationsbindung, ja eine Abneigung, sich abseits von Einzelthemen politisch zu positionieren.
- Dementsprechend werden wohl auch die Residuen zwischen den groben politischen Konfliktlinien von „Rechts“ und „Links“ kaum noch orientierungsstiftend sein – und wenn, dann nur für die außergewöhnlich stark engagierten Studierenden. Allerdings: Offen ist angesichts der Wahlgewinne der AfD in den Jahren 2016 und 2017 – die sämtlich hinter dem Erhebungszeitraum des aktuellen Studierenden surveys liegen – noch, ob die Relevanz derartiger polarisierter Selbstpositionierungen im Richtungsschema doch wiederum gestiegen sein könnte.
- Wie es sämtliche Studien der Jugendforschung in den letzten Jahren nahelegen, wird die Skepsis gegenüber festen Organisationsstrukturen und langfristigen Verpflichtungen im politischen Bereich sehr ausgeprägt sein, besonders das Fremdeln mit dem Engagement in Parteien und politischen Gruppierungen. Auch engagementbereite Studierende werden daher flexible, unverbindliche und projektbezogene Aktivitäten präferieren, etwa die einmalige oder mehrmalige, ggf. „experimentelle“ Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftenaktionen, Petitionen, o. Ä.
- Manche Personen, die aus einem gut vernetzten „zivilgesellschaftlichen“ Milieu stammen, werden dennoch ein sozialisatorisch bedingtes langfristiges Engagement mit Schwerpunkt im vorpolitischen Bereich (Kirche, zivilgesellschaftliche Organisationen) vorweisen können, evtl. auch in Parteijugenden und Hochschulgruppen.
- Angesichts der empirischen Studien ist von einer mehrheitlichen praktisch-politischen Apathie auszugehen, die angesichts des Bildungsniveaus aber differenziert verbal reflektiert und rationalisiert werden kann.
- Jene Studierenden, die sich stark mit dem Studium oder mit ihrer Rolle als Studierende identifizieren, leiten daraus womöglich spezifische Pflichten und Verantwortungen ab, empfinden mithin einen stärkeren praktisch-politischen Handlungsdruck.
- Überdies erscheint absehbar, dass die Studierenden für sich selbst eine unverbrüchliche Parteinahme für die Demokratie reklamieren, aber unter Umständen stark

auseinanderweisende rationale wie affektive Bedeutungsgehalte mit dem Demokratiebegriff verbinden – etwa hinsichtlich der Betrachtung als Gesellschaftsform, Staatsform oder Regierungsform, hinsichtlich des täglich erfahrbaren Widerspruchs zwischen der Herrschaft politisch gewählter Eliten und der plebiszitären, institutionelle Verhärtungen verurteilenden Seite des historisch bedeutungsschweren Demokratiebegriffs – oder hinsichtlich Ausmaß und Richtung des persönlich empfundenen Handlungsdrucks.

II.4.3 Vorstellungen idealer gesellschaftlicher Ordnung

Erkenntnisinteresse des Themenblocks: Hier lautet das Ziel, die möglichen Gesellschaftsbilder und Ordnungsvorstellungen von Studierenden aufzuschlüsseln, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von möglichen Gesellschaftsidealen und diagnostizierten Gesellschaftsrealitäten. Wird Gesellschaft als anonymer Funktionszusammenhang im Stile eines *perpetuum mobile* wahrgenommen, dem man sozialpolitisch anspruchsberechtigt, aber auch ohnmächtig gegenübersteht – oder als geschichtlich und praktisch-politisch hervorgebrachte und veränderbarer Zusammenhang lebendiger Menschen gedacht, der praktisch – auch durch eigenes Handeln – vorangebracht werden kann und muss? Ist eine funktionierende Gesellschaft durch die gelingende Vermittlung von Konfliktpotenzial gekennzeichnet oder im Gegenteil durch die vollständige Abwesenheit von Konflikten? Gibt es darüber hinaus spezifisch studentische Utopien? Allerdings auch: Lassen sich hier überhaupt gesonderte Einstellungsmuster ausmachen, oder konvergiert die Frage nach utopischen Vorstellungen nicht letztlich mit der Frage nach grundierenden politisch-sozialen Deutungsmustern, d. h.: sind die Konzeptionen idealer gesellschaftlicher Ordnung nicht ohnehin in den Diskussionsverläufen wirksam und aus diesen zu rekonstruieren?

Erwartete Einstellungsmuster:

- Die referierten empirischen Studien über die Entwicklung studentischer Mentalitäten, aber auch das generelle Verblässen der „großen“ politischen Deutungssysteme im Verlauf des 20. und 21. Jahrhunderts lassen vermuten, dass Studierende (wie auch die Mehrheitsbevölkerung) keine plastischen Vorstellungen einer gänzlich anderen sozialen Ordnung mehr gegen den gesellschaftlichen status quo in Stellung bringen. Ob der hier zunächst nur tentativ einbezogene Themenblock überhaupt ergiebigen Gesprächsstoff gestattet, ist daher durchaus zu bezweifeln.
- Dennoch üben Studierende, wie gesehen, auch heute Gesellschaftskritik. Da es an transzendenten Sinnquellen mangelt, steht zu erwarten, dass sie dies durch Rückgriff auf heute ohnehin mehrheitsfähige Ideale tun, um deren mangelnde Realisierung anzuklagen. Zu diesen Idealen zählt vermutlich vorrangig die soziale Gerechtigkeit, gemessen an der Gültigkeit meritokratischer Kriterien der Güter- und Statuszuweisung und am Zugang aller zu den vielbesungenen „Chancen“ autonomer Karrieregestaltung (insbesondere Bildungschancen).
- Das schließt gleichwohl nicht aus, dass vereinzelt auch genuine Utopisten in den Fokusgruppen sitzen, die bereit sind, sämtliche aktuell gültigen gesellschaftlichen

Ordnungsprinzipien substanziell in Frage zu stellen. Sollten sie sich zu Wort melden, werden sie in der jeweiligen Gruppe allerdings wahrscheinlich eher als Sonderlinge auffallen.

